

# SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Aus dem Inhalt:

- Neuer SA-Fememord?
- Das Gespräch Hitler-Papen
- Braun bei Schleicher
- Der Kampf mit dem Hamster
- Krieg um das Wrack
- Diskussionsbeilage
- Krise und Schiffbau
- Jahresbericht der Reichsbahn
- SAP-Genosse Stadtverordnetenvorsteher

## Neue Junkerbefehle

Graf Kalkreuth bei Schleicher — Neue Agrarzölle mit Hilfe von Hugenberg und Hitler

Berlin, 6. Januar.

CNB. Der Reichslandbund teilt mit: „Reichskanzler von Schleicher empfing heute den geschäftsführenden Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, und die Direktoren von Sybel und Dr. Siburg. In eingehender Aussprache wurden die unhaltbaren Zustände in der deutschen Landwirtschaft dargelegt, die insbesondere durch den Verfall der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion hervorgerufen sind. Reichskanzler von Schleicher ist über die ständig wachsende Erbitterung und bedrohliche Stimmung auf dem Lande unterrichtet worden.“

Die aus Regierungskreisen immer sehr gut unterrichtete Hugenberg-Presse schreibt dazu:

„Über das Ergebnis der Verhandlungen wird weder von amtlicher Stelle noch vom Reichslandbund Mitteilung gemacht. Es ist aber anzunehmen, daß der Reichskanzler sich der Bedeutung der Argumente des Reichslandbundes nicht verschlossen hat und sich durchaus bewußt darüber ist, daß eine weitere Verzögerung in der Erfüllung der lebenswichtigen Forderungen für die deutsche Landwirtschaft eine unhaltbare wirtschaftliche und politische Lage auf dem Lande schaffen müßte. Jedenfalls glaubt man in maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben, daß die Reichsregierung zum mindesten nicht ohne weiteres dem Drängen gewisser Kreise nachgeben wird, die einen Verzicht auf eine Fortsetzung der Agrarschutzpolitik fordern.“

Welche Haltung schließlich die Reichsregierung einnehmen wird, dürfte schon in Kürze zu erkennen sein. Zunächst wird am Sonnabend eine Aussprache zwischen dem Reichsernährungsminister Fhrn. von Braun und dem Reichskanzler stattfinden, die eine Verständigung grundsätzlicher Natur zwischen Kanzler und Ernährungsminister bringen soll, damit ein Wiederaufleben der alten wirtschaftspolitischen Gegensätze im Kabinett, wie sie jetzt wieder bei der Margarineverordnung zutage getreten sind, verhindert werde.

Die ernste Lage der Reichsregierung, insbesondere die wachsende Entfremdung der Regierung zu den Kreisen, die bisher das Kabinett gestützt haben, vor allem dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften, dürfte dem Reichskanzler und der Regierung Veranlassung geben, nicht leichtfertig über die Forderungen der Landwirtschaft hinwegzugehen.“

Kiel, 6. Januar.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein, Graf Ranitzau, hat an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gesandt, in dem betont wird, daß eine weitere Senkung des Butterpreises zu befürchten sei, da auf den Märkten ständig Auslandsbutter zu niedrigeren Preisen angeboten werde. Deshalb sei es dringend erforderlich, daß eine Butter-Einfuhrsperre verhängt werde.

Diese Meldungen besagen, daß die in ihrer Raffinerie unersättliche Junkersippe, nachdem sie die Margarineverordnung erzwungen hat, befehlsmäßig die restlose Durchführung aller ihrer bisherigen Forderungen, vor allem die Kontingentierung und eine Reihe neuer Forderungen, wie vollständige Buttereinfuhrsperre, verlangt. Für die letztere Forderung wird zur Zeit die Regierung vom Großgrundbesitzern planmäßig mit Telegrammen attackiert. Zu dieser Meldung paßt auch die neueste Rede Hugenberg's, der bei einer Wahlversammlung in Lippe erklärte:

„Die landwirtschaftlichen Forderungen müssen rücksichtslos erfüllt werden.“

Diese Äußerung Hugenberg's, wie auch die Schlußbemerkung in den oben zitierten Aussagen der Rechtspresse über „die ernste Lage der Reichsregierung“ und „der Reichskanzler dürfte nicht leichtfertig über die Forderungen der Landwirtschaft hinweggehen“ zeigen, daß die Junker Herrn von Schleicher vor die Alternative stellen:

Entweder Erfüllung der Befehle der Großgrundbesitzer oder Regierungsrücktritt.

Diese freche Sprache hängt zweifellos zusammen mit der neuesten Intrige, die Papen mit Hitler zusammen gegen das Schleicher-Kabinett aufzieht. Die Pläne gehen offensichtlich dahin, die neuwidrig „entfremdeten“ Stützen des Kabinetts, Zentrum und christliche Gewerkschaften, mit Hilfe Hindenburg's, durch Deutsche und Nationalsozialisten zu ersetzen und eine Regierungsumbildung zu erzwingen.

Man sieht, es sind wieder große Schiebungen im „Gang“. Die ADGB-Hoffnungen vom „sozialen General“ zerflattern in die Luft.

Nur das geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse in machtvollen außerparlamentarischen Aktionen kann die Junker- und Kapitalpolitik zerschlagen und den Arbeiterforderungen zum Durchbruch verhelfen.

tarischen Aktionen kann die Junker- und Kapitalpolitik zerschlagen und den Arbeiterforderungen zum Durchbruch verhelfen.

## Neuer Krieg in Marokko?

CNB. Unter der Überschrift „Die französische Regierung bereitet eine neue Offensive in Marokko und Mauretanien vor“, berichtet die kommunistische Humanité, daß im Februar die militärischen Operationen in Südmarokko wieder einsetzen würden. Das militärische Oberkommando sehe die vollständige „Befriedung“ Marokkos für 1933 vor. Die Marokkaner selbst betrieben eiligst ihre Befestigungsarbeiten in der gesamten Gebirgsgegend, weil sie entschlossen seien, bis zum letzten Mann zu kämpfen, da sie doch nicht auf Canada rechnen dürften. Ihnen hätten sich viele Deserteure der Fremdenlegion und des Sultans von Marokko angeschlossen, die mit den unabhängigen Stämmen fraternisierten. Auch die Verwendung von Gas sei vorgesehen.

## Neuer SA-Fememord in Dresden?

(Eigener Bericht der SAZ)

Dresden, 6. Januar.

Das Begräbnis des von den eigenen „Kameraden“ auf das vierhundertste ermordeten SA-Mannes Hentsch ist kaum vorüber, da werden neue erregende Mitteilungen in der Öffentlichkeit bekannt.

Am vergangenen Dienstag ist der SA-Mann Rudolf Bergmann, wohnhaft in Dresden-Prohlis, gasvergiftet in der Wohnung seiner zukünftigen Schwiegereltern aufgefunden worden. B. war ein ergebener Anhänger der SA. Seit etwa 14 Tagen hatte sich seine Einstellung zu seinen „Kameraden“ infolge eines ihm zugestellten Drohbriefes geändert. Es war ihm angedroht worden,

daß ihm in nächster Zeit etwas „passieren werde“.

Er beteiligte sich infolge dieser Drohung erklärlicherweise nicht mehr an den Zusammenkünften seines zuständigen SA-Bezirks.

Seine Leiche ist von der Polizei, der Begleitumstände wegen, beschlagnahmt worden. Die Feststellung ergab, daß der Gashahn erst ungefähr eine halbe Stunde geöffnet sein konnte.

Diese Meldung zeigt, daß die „Femegerichtsbarkeit“ ihre eigenen Bewegungsgesetze entwickelt. Das ist sehr erklärlich, wenn man dabei überlegt, welche Folgen sich zwangsläufig ergeben müssen. Die Beteiligten bzw. Mitwisser eines Fememordes fühlen sich unsicher in ihrer Umgebung und wittern immer Verrat. Zeigen sich auch nur die geringsten Anzeichen eines Gesinnungswechsels irgend eines, auch nur von fern Beteiligten bzw. Mitwissenden, so muß zwangsläufig das eigene Sicherungsbestreben auf Druckmittel sinnen und das Ergebnis ist eine Kette von schärfsten Repressalien, die sich bis zum Mord an eigenen Freund steigern. Das Leitmotiv der Z. b. V. — d. h. zur besonderen Verwendung — Abteilung der SA, muß deshalb sein: „Verräter verfallen der Feme“. Da offenbar ein beträchtlicher Teil der SA-Mitglieder Verschiedenes in dieser Beziehung auf dem Kerbholz hat, zeitigt das eben solche Folgen, wie sie jetzt in Dresden in Erscheinung treten.

Werden die Behörden jetzt endlich scharf zupacken und streng untersuchen, damit die Drahtzieher in den SA-Kreisen zur Verantwortung gezogen werden können?

## Politische Zusammenstöße

Hamburg, 6. Januar.

WTB. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Barmbeck, wobei auch mehrere Schüsse fielen, wurden, wie der Polizeibericht meldet, zwei auf dem Heimwege begriffene Polizeibeamte angegriffen und auf sie geschossen. Als die Polizeibeamten von ihren Schusswaffen Gebrauch machten, flüchteten die Täter. Auf der Straße wurde eine Pistole gefunden. Ob Personen verletzt wurden, steht noch nicht fest. Kurze Zeit darauf wurde in der Nähe ein Trupp Nationalsozialisten von Polizeibeamten angehalten und nach Waffen durchsucht. Drei Nationalsozialisten, bei denen ein geladener Trommelrevolver, eine Schreckschusspistole und eine Hiebwaaffe gefunden wurden, wurden festgenommen.

Aachen, 6. Januar.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Das Ueberfallkommando wurde sechsmal alarmiert. Auch sonst mußte die Polizei wegen ähnlicher Vorkommnisse wiederholt einschreiten. Die Polizei nahm fünf Kommunisten fest, von denen drei heute dem Richter vorgeführt werden.

## Braun bei Schleicher Unterredung ohne Ergebnis

Die angekündigte Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun hat heute stattgefunden und über eine Stunde gedauert. Dabei wurden nicht nur die zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung schwebenden Streitfragen erörtert, sondern es wurde die gesamte politische Lage und die voraussichtliche weitere Entwicklung der Dinge in Preußen besprochen. Von der Ausgabe einer offiziellen Mitteilung über die Unterredung wurde abgesehen, da Vereinbarungen über ein Arrangement in Preußen von vornherein für heute nicht erwartet worden waren. Weitere Besprechungen zwischen dem Kanzler und dem Ministerpräsidenten sind in Aussicht genommen.

## Die amerikanischen Wahlen und die Arbeiterparteien

(Von unserem amerikan. Korrespondenten.)

New York, Ende Dezember 1932.

Die Präsidentschaftswahlen liegen beinahe zwei Monate hinter uns, und doch war erst jetzt das amtliche Wahlergebnis erhältlich. Am Abend des 8. November wußte man bereits, daß der demokratische Gouverneur des Staates New York, Franklin Roosevelt, mit großer Mehrheit über den bisherigen Präsidenten Herbert Hoover gesiegt hatte; es dauerte jedoch etwa eine Woche, ehe man mit Bestimmtheit zu sagen vermochte, wie viele Staaten er erobert hatte. Die sozialistischen und kommunistischen Stimmzahlen konnte man ungefähr erraten, mit Bestimmtheit wußte man nur, daß die Resultate in jedem Falle weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Am 24. Dezember wurde endlich amtlich bekanntgegeben, daß die Socialist Party (Sozialistische Partei) 881 951, die Communist Party (Kommunistische Partei) 102 785, und die Socialist Labor Party (Sozialistische Arbeiter-Partei) 54 034 Stimmen auf ihre Präsidentschaftsliste vereinte.

Wahlen hatten vor dem Weltkriege eine ganz andere Bedeutung für die amerikanische Arbeiterschaft, als nach der großen internationalen Katastrophe. Mit einer Begeisterung, wie sie in der Sozialdemokratie Deutschlands zu Ende des vorigen Jahrhunderts bei Reichstagswahlen zutage trat, ging man in den amerikanischen Großstädten und Industriedistrikten in die Wahlkampagne. Tausende von Mitgliedern und Freunden der sozialistischen Bewegung gaben freudig ihre freie Zeit, trugen meist über ihre finanziellen Kräfte zu den nicht unbeträchtlichen Wahlkosten bei und hatten es als persönliche Beleidigung aufgefaßt, würde man ihnen für die geopferte Zeit Entschädigung angeboten haben. Das änderte sich, als die Entschädigungen der Kriegs- und Nachkriegszeit viele der erprobtesten Genossen und Genossinnen aus der Bewegung trieben und innerhalb der Arbeiterbewegung ein großes Heer von revolutionär gesinnten Männern und Frauen schufen, das in keiner der Parteien Platz zu finden schien. So waren von den 120 000 Mitgliedern, über die die SP im Jahre 1915 verfügte, im Jahre 1920 noch etwa 7000 übrig geblieben, während die Kommunisten, die im Juli 1919 mit mehr als 60 000 Mitgliedern als Parteiorganisation ins Leben getreten waren, im Jahre 1922 noch etwa über 10 000 Mitglieder verfügten, von denen nahezu 8000 in fremdsprachigen Branches organisiert waren. Die Socialist Party hatte in der Präsidentschaftswahl im Jahre 1912 bereits 897 011 Stimmen erhalten, die im Kriegsjahr 1916, als Woodrow Wilson für seine Wiederwahl mit der Parole „Er hielt uns aus dem Kriege“ kämpfte, auf 585 113 zurückgingen, um vier Jahre später wieder auf 919 799 zu steigen. Im Jahre 1924 beging die Socialist Party den Kardinalfehler: sich auf den fortschrittlich-bürgerlichen Kandidaten La Follette festzulegen. Als sie dann im Jahre 1928 wieder einen eigenen Kandidaten ins Feld stellte, rächte sich diese Kardinalsünde wider den Geist des Klassenkampfes, und sie mußte sich mit 267 835 Stimmen zufrieden geben. Die Kommunistische Partei beteiligte sich im Jahre 1924 zum ersten Male an einer Präsidentschaftswahl und erzielte ein Votum von 36 385, das sich vier Jahre später auf 48 228 steigerte.

In diesem Jahre schienen die Aktien für die Arbeiterparteien besonders günstig zu stehen. Die Krise hatte furchtbare Opfer gefordert. Obgleich es in den Vereinigten Staaten keinerlei zuverlässige Statistiken über Arbeiterverhältnisse gibt und noch niemals eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen wurde, darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen zwischen dreizehn und vierzehn Millionen beträgt, d. h. daß mindestens ein Drittel der in normalen Zeiten in der Industrie Beschäftigten arbeitslos ist. Dieses Land hat bekanntlich keinerlei staatliche oder private Arbeitslosenversicherung, so daß die beschäftigungslosen Proletarier völlig auf

# Das Gespräch Hitler-Papen

## Die Nazi-Führung in tausend Nöten -- Widersprüche über Widersprüche Hitler versucht es auf jede Weise

private, städtische oder staatliche Wohlfahrtsgesellschaften angewiesen sind. Daß es sich dabei nur um die durch unzureichende Arbeitsbeschäftigung bedingte, bedarf keiner besonderen Betonung. Die sozialistische und kommunistische Agitation hat hunderttausende Arbeitslosen-Versicherungsgeldempfänger auf günstigen Boden auch bei solchen amerikanischen Arbeitern fallen, die bisher, wie geflügelte Hände, den kapitalistischen Parteien nachjagten, waten, und bald die republikanischen, bald die demokratischen Kandidaten unterstützen. Es war ferner der Mittelstand, der heute der radikalen Propaganda ganz besonders Aufmerksamkeit schenkt. Die kleinen Beamten im Handel und Industrie, wie die sogenannten kleinen Leute (Chemiker, Ingenieure, Ärzte, Techniker, Architekten etc. etc.) hatten durch die Krise - die wir hier in Amerika schamhaft als "Depression" bezeichnen - unheimlich gelitten. Sie waren in großem Maße überflüssig geworden und wurden entweder gänzlich abgebaut oder doch so sehr in ihren Bezügen beschneidet, daß sie sich plötzlich auf das proletarische Niveau herabgedrückt sahen. Diese Kreise beteiligten sich jetzt zum ersten Male in großem Umfang an den Kampfkampagnen der SP und der CP, indem sie eigene Kampagne-Komitees bildeten und durch Auftritte in der Presse zur Unterstützung der Arbeiter-Präsidenten-Kandidaten aufforderten.

Dadurch wurde auch die große kapitalistische Presse zu einer liberaleren Haltung gegenüber den sozialistischen und kommunistischen Parteien veranlaßt. Was bisher noch niemals der Fall gewesen, geschah in diesem Jahre. Die großen bürgerlichen Zeitungen, wie die "N.Y. Times", "N.Y. Herald-Tribune", "World-Telegram", und diesen folgenden alle größeren Provinzialblätter, berichteten ausführlich über alle wichtigeren Arbeiterversammlungen, in brachten die hauptsächlichsten Reden der Kandidaten wofür zum Abdruck und veröffentlichten in fortlaufenden Interviews der SP- und CP-Kampagnenführer über den Fortgang der sozialistischen und kommunistischen Wahlarbeiten. Was in der europäischen kapitalistischen (und auch Arbeiter-) Presse undenkbar wäre, geschah hier; jeder Leser konnte sich über alle wichtigeren Vorgänge in der Wahlkampagne der Arbeiterpartei unterrichten und erhielt hier tatsächlich ein leidlich unparteiisches Bild. Da auf solche Weise ein größeres Interesse für die Arbeiter-Kandidaten erregt

Die Besprechung zwischen Hitler und Papen, über die wir in unserer gestrigen Ausgabe berichtet haben, beschäftigt nach wie vor die politische Öffentlichkeit in außerordentlichem Maße. Hitler und Papen sehen sich veranlaßt, die folgende Erklärung herauszugeben:

"Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen, politischen Einheitsfront befaßt hat und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.

Dieser Auslegung der Besprechung steht die Unwahrscheinlichkeit der Stülp geschrieben. Kein Mensch wird glauben, daß Hitler und Papen zwar über die ganze politische Situation gesprochen haben, dabei aber ihre Auffassungen über die Regierung Schleicher mit keinem Wort berührt. Die Herren hätten sich wirklich etwas klügere Ausreden ersinnen können. Uebrigens klappt die Regie im Lager der NSDAP ganz und gar nicht. In demselben Moment, in dem "der Führer" die oben wiedergegebene Erklärung veröffentlicht, schreibt der "Völkische Beobachter" und die

übrige nationalsozialistische Presse folgendes:

"Die Dinge dürften sich so verhalten, daß Herr von Papen das Bedürfnis fühlte, dem Führer der größten deutschen Partei gewisse interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte mitzuteilen, die zum Sturz seiner Regierung im November vorigen Jahres führten. Wenn man dabei an die eigenartigen Umstände denkt, die nach dem formellen Rücktritt der Regierung Papen der Beauftragung des Herrn von Schleicher unmittelbar vorausgingen, so kann man es verstehen, daß der ehemalige Reichskanzler Wert darauf legt, einiges Licht in die Dinge zu bringen und in die Methoden, mit denen man heutzutage Kanzler werden kann."

Offensichtlich hat sich also Hitler darüber informieren lassen, "wie man heutzutage Kanzler werden kann". Daß er dabei auch vor den wirklichen Hintertropfen nicht zurückschreckt, bestätigt die nationalsozialistische Presse mit folgenden Ausführungen:

"Wir wissen, daß Adolf Hitler Herr der Lage ist, und daß er alles tun wird, um die Wendung des deutschen Schicksals herbeizuführen. Dazu ist nötig, daß unser Führer zur Macht kommt. Auf welchem Wege er das fertig bekommt, kann uns bei der trostlosen Lage unseres Volkes ganz gleich sein."

Die Art des Weges ist den nationalsozialistischen Führern so gleichgültig, daß sie auch gar nicht darauf achten, mit wem Hitler

Umgang pflegt. Der Baron v. Schroeder, in dessen Hause die Unterredung stattfand, ist Inhaber der Bankhäuser A. Levy, S. Salomon, Oppenheim jr. und Cie. und I. H. Stein - was allen nicht gerade sehr arisch klingt und offenbar mit dem auf den Kapital zu tun hat. Von einigen Interesse ist auch die Mitteilung, daß der Naziführer Dr. Ley, der Hitler ganz besonders nahesteht, bei dem Bankhaus I. H. Stein des Barons v. Schroeder mit 140.000 RM in der Kreide sitzt. 80.000 RM davon sind formell gedeckt durch Verpfändung einer Leibrente des bekannten Prinzen Schaumburg-Lippe. Erquickliche Zusammenhänge!

Die Verlegenheit, in der sich die nationalsozialistische Presse befindet, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß zuerst die ganze Unterredung Hitlers mit Papen glatt abgestritten wurde. Der offizielle Pressedienst der NSDAP und die ganze nationalsozialistische Presse bezeichneten alle Meldungen über diese Unterredung als glatt aus der Luft gegriffen. Am stärksten legte sich Graf Reventlow fest, der in seinem "Reichswart" noch am Freitag, also zwei Tage nach der Unterredung, einen Artikel veröffentlichte, in dem es wörtlich heißt:

"Das muß man sagen: die Gerüchte, und Klatschindustrie hat Hochkonjunktur. Da herrscht keine Arbeitslosigkeit, sicher auch keine Erwerbslosigkeit. Anfang der Woche wurde über eine Zusammenkunft zwischen Adolf Hitler und Herrn von Papen berichtet, richtiger: gerüchtet, und von merkwürdig vielen geglaubt. Obgleich führende nationalsozialistische Tagesblätter sich gleich scharf gegen diese Ausstreuung gewandt haben, so möchten wir doch noch einen Augenblick dabei verweilen."

Heute dürfte es wohl weniger geben, die nicht gerade im damaligen Kabinett Papen und seinen Kreisen

die von Natur gehässigsten Feinde des Nationalsozialismus

erblicken und wissen, daß dieser Haß sachlich unversöhnlich und unabänderlich begründet ist. Mit diesen bewußt rückständigen Vertretern eines volksfeindlichen Staates könnte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nur unter der Voraussetzung zusammengehen, daß sie sich selbst untreu würde, vielmehr bereits untreu geworden sei; denn jene andere Seite wird ihren Dünkel, ihrem Macht- und Geld egoismus nie und unter keinen Umständen untreu. ... Handelte es sich auch um nichts als um dieses, so würde es

eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler

sein, diesen Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutragen."

Dieser Kennzeichnung des Hitlerschen Doppelspiels braucht man nichts hinzuzufügen. Höchst bemerkenswert ist schließlich die Tonart, in der "Der Deutsche", das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, zu diesen Vorgängen Stellung nimmt.

Das Blatt schreibt u. a.:

"Es handelt sich ja letzten Endes gar nicht darum, wer Führer des deutschen Volkes wird, oder ob Hitler alle Macht hat, notwendig ist nur, daß die große Liebe und Sehnsucht des deutschen Volkes über enge herkömmliche Parteidoktrinen hinweg endlich ihre Erfüllung findet. Wer diese Erfüllung bringt, das ist der Mann des Volkes, ganz gleich, ob dieser Mann Hitler, Strasser, Brüning, Schleicher oder Meier heißt. Aber Hitler könnte der Mann sein. Noch hat er viele Millionen Menschen hinter sich, die ihm deshalb blind vertrauen, weil sie der Ansicht sind, daß Hitler nicht sich und seine Macht sucht, sondern uneigennützig den idealen Zielen dient, die der Partei ganz unabhängig von dem krummen Unterholz nun mal nicht abgesprochen werden können."

"Der Weg zur Gesundung Deutschlands und zur nationalen und sozialen Befriedigung des deutschen Volkes führt nicht zu den Herren Papen und Hugenberg."

Und der starke Erneuerungswille, der in der NSDAP ganz unabhängig vom Parteiprogramm lebt, und der, wir wiederholen es nochmals, die Partei zum Durchbruch führte, wird sich gegen ein Bündnis mit diesen Männern der Vergangenheit heftig aufbäumen. Ernste Konflikte würden unvermeidlich folgen. Das wäre im Interesse der großen Partei zu bedauern, an der wir noch mancherlei aussetzen haben, mit deren Willen zum Wahren und Guten wir uns über das übliche parteipolitische Denken hinaus verbunden fühlen."

Eindeutiger kann man seine Sympathien für die NSDAP und seine

Sehnsucht nach einem Bündnis mit den Nationalsozialisten

nicht mehr zum Ausdruck bringen. Diese Schreibweise des "Deutschen" ist deshalb besonders bemerkenswert, weil diese Zeitung bekanntlich das Organ Stegerwalds ist. Und die Gerüchte wollen nicht verstummten, daß bei den Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten um die Regierungsbildung in Preußen dieser Herr Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, eine hervorragende Rolle spielen soll.

Das alles deutet auf Zusammenhänge, die die schärfste Aufmerksamkeit und aktivste Abwehrbereitschaft des klassenbewußten Proletariats erfordern!

## Achtung! Berliner Funktionär - Versammlung

Fortsetzung am Mittwoch, den 11. Januar 1933, abends 7 Uhr, in Vogels Festsaal, Brückenstraße 2.  
Alle anderen Veranstaltungen fallen aus. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

worden war, wurde es allen Parteien auch möglich, verhältnismäßig große Kampagnenfonds aufzubringen und damit von dem - hier recht leuten - Radio in ausgiebiger Weise Gebrauch zu machen. Die SP ließ ihre Kandidaten mindestens dreißig Male über die größten und feinsten Radionetze sprechen, die durch ihre Verbindungen in allen Staaten die Radioteilnehmer im ganzen Lande erreichten, so daß es kaum einen Radiohörer in den Vereinigten Staaten gegeben haben dürfte, der diesmal von der SP-Propaganda nicht erreicht wurde. Die CP hatte freilich weit weniger Radio-Möglichkeiten, aber auch sie ließ ihre Hauptkandidaten das Radio vielfach in Anspruch nehmen. Dazu kam noch, daß die SP diesmal in 47 (von 48) Staaten auf dem offiziellen Stimmzettel erschien, was eine Zunahme von 6 Staaten gegenüber 1928 bedeutete; die CP erschien in 40 Staaten auf dem Stimmzettel; bei der letzten Wahl war das nur in 29 Staaten der Fall gewesen. Also auch hier lagen die Dinge für die Arbeiterparteien günstiger. Es konnte daher nicht wunder nehmen, daß die kapitalistische Presse ein starkes SP-Votum in Aussicht stellte und von zwei, ja drei und vier Millionen sozialistischen Stimmen sprach, die Norman Thomas erhalten werde. Die CP-Stimmenzahl, über deren Größe keine bestimmteren Angaben gemacht wurden, ward als Teufel an die Wand gemalt, der sehr bald den ganzen amerikanischen Kapitalismus mit Haut und Haaren verspeisen werde.

Das wirkliche Resultat sah allerdings weit weniger "angstterregend" aus. Die Socialist Party, deren Kandidat Norman Thomas eine außerordentlich sympathische Persönlichkeit ist, erhielt nicht ganz 2,2% des Gesamtvotums. Die Communist Party 0,25%, wobei man jedoch nicht vergessen darf, daß der demokratische Sieger 57,5%, der republikanische Verlierer 39,6% und alle anderen Minoritätsparteien (einschließlich der Prohibitionspartei) nur 2,9% des Gesamtvotums erhielten. Die SP-Stimmenzahl im Jahre 1912 stieg 6% des Gesamtvotums dar - damals besaßen die Frauen noch kein nationales Stimmrecht. Im Jahre 1920 waren die 99.700 SP-Stimmen nicht ganz 4% und in diesem Jahre, wie bereits festgestellt, nur reichlich die Hälfte des 1920er Prozentsatzes. Von einem Fortschritt der sozialistischen wie der kommunistischen Bewegung kann also gar keine Rede sein. Die dritte im Felde stehende Arbeiterpartei ist die Socialist Labor Party, die alleste der sozialistischen amerikanischen Parteien, da sie schon im Jahre 1892 Präsidentschaftskandidaten nominiert hatte und damals 21.512 Stimmen auf diese vereinte. Am 8. November 1932 erhielten ihre Kandidaten 8.034 Stimmen. Die SLP ist eine in ihren Grundsätzen marxistisch eingestellte Partei, doch ohne Berufung auf den pulsierenden Leben der Arbeiterklasse. Sie steht in scharfem Gegensatz zur reformistischen SP,

## SAP-Genosse Stadtverordnetenvorsteher

In der Uhrenstadt Glashütte in Sachsen trat das neu gewählte Stadtparlament zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Versammlung setzt sich aus 4 Bürgerlichen, 3 Nazis, 3 SAP, 2 SPD, und 1 KPD-Stadtverordneten zusammen.

Lange vor Beginn sind die etwa 200 Sitzplätze des Zuhörerraumes besetzt. Bevor die Vorsteherwahl stattfinden kann, bringen die Nazis einen Dringlichkeitsantrag folgenden Wortlauts ein: "Die Stadtverordneten verzichten auf ihre Dienen und stellen sie den Bedürftigen der Gemeinde zur Verfügung." Ein Stadtverordneter der Bürgerlichen widerspricht der Behandlung des Antrages, ebenso widersprechen unsere Genossen; wir lehnen es ab, eine derartige Demagogie zu unterstützen. Warum verzichten die Reichstagsabgeordneten der NSDAP nicht auf ihre Dienen?

Nach einigem Hin und Her, das dadurch entsteht, daß die Nazis sich weigern, hinter den Bürgerlichen Platz zu nehmen, kann endlich die Vorsteherwahl stattfinden. Das Ergebnis des ersten Wahlganges für den Stadtverordnetenvorsteher ist folgendes: Genosse Neumann (SAP) 5 Stimmen, (von SAP und SPD), Pötschke (Bürgerlich) 4 Stimmen, Burkhardt (Nazi) 3 Stimmen, Tänzer (KPD) eine Stimme.

In der Stichwahl erhielt unser Genosse Neumann 6 Stimmen.

Da jetzt auch der KPD-Genosse für unseren Kandidaten stimmte, Pötschke 4 Stimmen - die Nazis gaben weiße Zettel ab. Sie erklärten, sie hätten ein marxistenreines Präsidium wählen wollen, aber das wäre an der bürgerlichen Fraktion gescheitert.

Als 1. Stellvertreter wird Gen. Rehn (SPD) ebenfalls in der Stichwahl mit 6 Stimmen gewählt. 2. Stellvertreter wurde mit 7 Stimmen Stadtverordneter Renner (bürgerlich) durch die Hilfe der Nazis, mit denen Herr Fabrikant Renner sympathisieren soll. Genosse Tänzer (KPD) erhielt hier 6 Stimmen der Linken.

Der Erfolg der Arbeiterschaft und speziell unserer Partei bei dieser Vorsteherwahl war nur durch das geschlossene Auftreten der Arbeitervertreter

möglich. Die SAP wird auch weiterhin in diesem Sinne tätig sein. An die gesamte Einwohnerschaft ergoht der Ruf, fleißig die Sitzungen des Stadtparlaments zu besuchen und sich aus eigener Anschauung über die kommunalen Vorgänge zu orientieren.

## "Sofort" Das heißt in vielen Monaten

Berlin, 6. Januar. (CNB. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, hat in den letzten Tagen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie mit den Ländern die Richtlinien für die Durchführung des "Sofortprogramms" zur Arbeitsbeschaffung durchgesprochen. (Wie lange dauern die endlosen "Besprechungen" noch?) Der Arbeitsbeschaffungsausschuß des Reichskabinetts hat, wie bereits gemeldet, Donnerstag nachmittag getagt. Er hat, wie verlautet (!), seine Beratungen abgeschlossen.

Die Ausführungsverordnung für das Sofortprogramm wird aller Wahrscheinlichkeit (!) nach bereits Ende der Woche veröffentlicht werden. Diese Verordnung wird zunächst die Grundsätze für die Arbeitsbeschaffung regeln, das heißt, es wird darin bestimmt werden, welche Arbeiten in Angriff zu nehmen sind. Ferner wird sich die Verordnung mit der Art der Finanzierung befassen. Schließlich wird in der Verordnung das geschäftsmäßige Verfahren behandelt werden, das heißt, es werden die Stellen angegeben, die für die Einreichung der Anträge zuständig sind. Für die Durchführung des Programms sollen die vorhandenen Organe in Anspruch genommen werden. Neue Stellen werden nicht ins Leben gerufen.

Das "Sofortprogramm" wurde Mitte Dezember angekündigt. Jetzt ist's schon bald Mitte Januar und immer ist noch nicht bekannt, wie das Ding aussehen und was es bringen wird. Das Ganze nennt sich "Sofort!"

## Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners

CNB. Das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold wird vom 17. bis 19. Februar seine Bundesgeneralversammlung in Berlin abhalten.

## Auslands-Rundschau

Buenos Aires, 6. Januar. Die Führer der radikalen Partei Argentiniens, G u e m e s und A l v e r, ehemaliger Präsident der Republik, sind nach der Insel Martin Garcia deportiert worden.

Rio de Janeiro, 6. Januar. Das erste Hottegeschwader Brasiliens ist gestern abend nach Tabatinga ausgefahren, um die Neutralität Brasiliens im Konflikt zwischen Peru und Kolumbien zu sichern. Man rechnet auch mit der Ausfahrt des zweiten Geschwaders, das aus vier Einheiten besteht.

Barcelona, 6. Januar. Die Untersuchung über das von radikaler Seite geplante Komplott gegen die spanische Regierung hat zu neuen Verhaftungen geführt.

wie zu der nach Moskauer Instruktionen arbeitenden CP, die fortwährend von der Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterklasse spricht, ohne jedoch organisatorische oder agitatorische Erfolge aufweisen zu können.

In einem weiteren Artikel soll über die Einstellung und Tätigkeit der amerikanischen Arbeiterparteien gesprochen werden.  
Chas. Langner.

Außer sieben Syndikalisten ist auch ein kommunistischer Schriftsteller festgenommen worden.

New York, 6. Januar.

Vor dem Gebäude, in dem der zukünftige Präsident Roosevelt gestern seine Besprechungen mit den Führern der demokratischen Partei abhielt, veranstalteten große Mengen von Erwerbslosen eine Kundgebung. Die Polizei hatte Schwierigkeiten, die Massen zu zerstreuen.

Nach einem Bericht aus Washington hat der Gewerkschaftsführer Green die Erklärung abgegeben, sämtliche organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten seien bereit, in den Generalstreik zu treten, um die 30 Stunden-Woche herbeizuführen.

London, 6. Januar.

Der frühere Präsident des Irischen Freistaates, Cosgrave, wird Sonnabend seine erste Wahlrede halten. Er hat dafür Cork aussersehen und für die dort angesetzte Versammlung werden die allergrößten Vorsichtsmaßnahmen vorbereitet. Cosgrave wird von einer bewaffneten Leibgarde begleitet sein. Jeder Kraftwagen seines Zuges soll ein Maschinen-gewehr mit sich führen.

# Der Kampf mit dem Hamster

Humoreske von JAROSLAV HAŠEK

In der Morgenausgabe einer Tageszeitung war ein Inserat zu lesen, das zwar nicht allzu groß war, aber doch gewissermaßen einen Verzweiflungsschrei zum Ausdruck brachte:

Verkaufe augenblicklich lebendigen Hamster. Eventuell tausche gegen beliebigen Gegenstand, Drag III, Plattenstraße 12, II, Stock, 4. Turm links.

Die Leser legten die Augen interesselos über das Inserat gleiten, einzig der kleine Hans, ein Terfianer, der an jenem Tage erst um neun Uhr Unterricht hatte, konnte sich nicht davon lösen. Er war allein zu Hause. Der Vater war ins Amt gegangen, die Mutter war mit der Schwester ausgegangen, um die letzten Einkäufe für die Hochzeit zu besorgen, denn Emma sollte übermorgen heiraten. Die Magd hatte die Gelegenheit benutzt und war fortgelaufen, um ihren Liebhaber in der Schlosswerkstatt zu besuchen, und hatte Hans gesagt, er möge nicht vergessen, das Vorzimmer abzusperrten und den Schlüssel zur Hausbesorgung zu geben. Dabei sagte sie ihm: „Schalzeit“, und streichelte sein Haar. Sie lachten zueinander, denn sie beide waren die am meisten verfolgten Geschöpfe der Familie.

Hatte an irgendeinem Tage Anna keinen Krach, dann hatte ihn bestimmt Hans und umgekehrt. Deshalb leisteten die beiden einander immer Schulzenhilfe.

„Und was soll ich sagen, wenn Mama zufällig zurückkommt?“

„Daß meine Tante aus Modrsditz gekommen ist.“

„Gut“, sagte Hans ernst und übernahm die Herrschaft in der Wohnung. Legte sich in den Schaukelstuhl und las die Zeitung, bis er zu dem Inserat mit dem Hamster kam.

Hansens Augen leuchteten auf. Wie alle Terfianer, war er viel zu romantisch veranlagt, als daß ein lebendiger Hamster ihm nicht begeistert hätte. Es war seit jeher sein Wunsch, irgendein Tier zu besitzen. Er träumte von einem großen Berberlöwen, der nur ihm gehorchen, im Beil der Schwester schlafen (es wird jetzt ohnehin leer stehen, da das Frauenzimmer heiratet) und auf seinen Wink den Klassenvorstand samt dem Klassenbesuch auffressen würde. Zuweilen träumte er auch, daß er daheim im Waschtrog ein zahmes Walroß habe, so daß es niemals einen Waschtrog und die beiden für ihn entsetzlichen Begleiterscheinungen gäbe: Kümmelsuppe und Griebren. Er träumte auch, daß er einen gezähmten Elefanten besitze und daß dieser Elefant gewisse häusliche Arbeiten verrichtete, die ihm bisher oblagen, zum Beispiel für den Vater eine Zeitung oder Tabak und für die Schwester Noten und Briefpapier zu holen (als sie noch Heiratsanträge zu schreiben pflegte).

Der Dichter des Schwejki, Jaroslav Hašek, starb vor zehn Jahren.

Jetzt sind zehn Jahre seit dem Tode des Dichters des „Brevens Soldaten Schwejki“ verstrichen. Er vollendete ein abenteuerliches Leben, war Drogist, Hundehändler, Kolporteur, Redakteur. Sein Hauptwerk Schwejki erschien 1921 und hatte anfangs nur lokalen Erfolg. Die offizielle tschechische Kritik schmähte das Werk tot; trotzdem wurde es von den breitesten Volksschichten gelesen. 1926 erschien Schwejki deutsch und wurde mit höchstem Interesse aufgenommen. Schwejki wurde verfilmt, dramatisiert und in zwölf Sprachen übersetzt.

Schwejki wird heute noch von der Reaktion überall angefeindet und mancher Staatsanwalt versucht Konfiskationen vorzunehmen.

Wir beginnen heute mit einer kleinen Humoreske von Hašek, die amüsante Einblicke in ein Kleinbürgermilieu gestattet.

Jetzt also sollten seine Ideale sich erfüllen. Der Tiger war zwar zu einem Hamster herabgesunken, doch es steht fest, daß dieser Hamster ihm gehören wird. Gibt es denn bei ihnen nicht Gegenstände genug, die man gegen einen Hamster eintauschen konnte? Befindet sich nicht im Wäscheschrank der Schwester eine reiche Aussteuer, die gerade gestern gesichtet und mit blauen Schleifen gebunden worden ist? Und wenn er aus diesem Däckchen ein paar Stücke herausziehen und alles wieder hübsch in Ordnung bringen wird, kann das jemand bemerken? Wird diese Sirene, die Emma, denn alles auf einmal anziehen? Und hat der Vater nicht im Schreibtisch eine wertvolle Münzensammlung? Gibt es hier in der Wohnung nicht so viel Segen Gottes, daß man dagegen nicht dreihundert Hamster eintauschen konnte?

Hans schritt zur Tat. Vor allem handelte es sich darum, zu der Aussteuer im Wäscheschrank zu gelangen. Das war etwas kompliziert, aber Hans wußte in auswendig, wo sich der Schrankschlüssel befand. In der Küche fand er in der Brodbüchse den Schlüssel zu dem kleinen, mit Karlsbader Steinen ausgelegten Kasten. Das Kästchen lag im Zimmer auf dem Schrank bei der Tür. Als Hans das Kästchen öffnete, fand er darin den Schlüssel zu dem zweiten Schrank im Schlafzimmer. In diesem fand er links unter den weißen Handschuhen endlich den Schlüssel zu dem Schrank mit der Aussteuer.

Hans zog aus einem Paket zwei Paar entzückende Damenhoschen hervor, aus einem anderen ein Hemd und brachte alles wieder in Ordnung. Den Schlüssel legte er wieder an seinen Platz. Dann beendete er mit ungewöhnlicher Sicherheit seine Expedition, von seiner alten Praxis aus früheren Zeiten unterstulzt, da er vor Weihnachten aus dem Wäscheschrank Datteln und Süßigkeiten gehascht hatte, und legte den Schlüssel von dem kleinen Kästchen in die Brodbüchse zurück.

Hierauf öffnete er Vaters Schreibtisch.

Das war schon leichter, denn der Vater pflegte den Schreibtischschlüssel — in unverzeihlichem Leichtsinne, wie Hans dachte — auf dem Schreibtisch selbst unter einer alten Uhr mit Alabastersäulen zu verbergen.

Er gelangte bequem zur Münzensammlung, entnahm ihr einen großen Märentaler, deren die Sammlung einige aufhieb und gab sich mit ihm zufrieden. Er versperre den Schreibtisch, legte den Schlüssel wieder an seinen Platz und begann unter seinen Büchern zu wühlen, um auch etwas von seinem eigenen Besitz für den Hamster zu geben, denn er wollte ebenfalls einen Teil der mit dem schönen Internehmen verbundenen Kosten tragen. Er wählte das Buch: „Der heldenmüthige Kapitän Korkoran“. Es war das besterhaltene von seinen Büchern, denn es fehlten darin nur vierundzwanzig Seiten.

Sodann setzte er sich an den Schreibtisch und schrieb auf einem Papierbogen: Entschuldigung. Bestätige hiermit, daß mein Sohn Hans Hanzolko sich heute vormittag wegen Bauchschmerzen nicht am Unterricht betheiligen konnte, und bitte die versäumten Stunden zu entschuldigen. Wenzel Hanzolko.

Nach Ablauf von zwei Jahren war es Hans durch lange Hebung gelungen, die Unterschrift seines Vaters vollendet nachzuahmen. Die Entschuldigung steckte er ins Lesebuch, holte den Raus aus dem Wäscheschrank zu einem Paket, nahm seine Bücher unter den Arm und verließ das Haus, nachdem er der Hausbesorgerin den Schlüssel übergeben hatte.

Die Bücher ließ er, unter dem Vorwand, er werde sie auf dem Rückweg aus der Schule abholen, bei einem Kaufmann in der Querstraße und nahm nur das Lehrbuch der Bolauk mit, das er in ein Antiquariat fragte, um zu seiner Expedition in die Plattenqasse auch etwas Bargeld zu haben.

Bald fand er das im Inserat bezeichnete Haus und wurde von einem älteren, abgebrüht aussehenden Ehepaar empfangen.

(Fortsetzung folgt.)

## Krieg um das Wrack

Sie streiten sich um Besitz des ausgebrannten Schiffes

Paris, 6. Januar.

36 Stunden, nachdem das Feuer auf der „Atlantique“ ausgebrochen ist, treibt das brennende Schiff noch immer herrrenlos und unnahbar auf dem Kanal umher. Es hatte sich der englischen Küste schon auf wenige Seemeilen genähert, war aber dann wieder durch die zurückweichende Flut weiter ins offene Meer hinausgetrieben worden. Die Flammen schlagen nicht mehr so hoch, aber alle Versuche, das Feuer zu löschen, sind ergebnislos geblieben, auch wenn das Schiff nicht strandet oder auf offener See sinken sollte, wird man es nur als Stahlwrack zurückerhalten. Aber dieses Wrack will man retten.

### Das Abschleppen der „Atlantique“

Paris, 6. Januar.

WTB. Kapitän Schoof hat im Laufe der Nacht an seine Reederei ein Funkentelegramm gesandt, in dem er mitteilt, daß er im Laufe

des heutigen Tages an Bord der „Atlantique“ gehen und die Abschleppung leiten werde. Das Schiff brenne noch immer. Die Kommandobrücke scheint nicht verbrannt zu sein. Er hoffe, heute das Wrack, mit dem Bug voran nach der französischen Küste schleppen zu können.

Der Minister für die Handelsmarine, Léon Meyer, hat einen Vertreter des Paris Midi über die Ursache des Feuers erklärt, daß es sich entweder um einen Kurzschluß handele, der allerdings unwahrscheinlich sei, oder um eine Fahrlässigkeit. In einer Kabine erster Klasse seien nämlich etwa 30 Wollmattentzen untergebracht gewesen. Wenn ein Mitglied der Besatzung etwa eine glimmende Zigarette weggeworfen habe, so hätte sie leicht stundenlang schwelgen können, bis dann das Feuer plötzlich mit voller Wucht ausbrach. Der Minister sagte, er werde dafür sorgen, daß in Zukunft bei der Inneneinrichtung der Schiffe weniger Holz verwendet werde, daß zwei Funkerkabinen eingebaut würden, eine vorn und eine hinten, und daß der Besatzung Berufsfeuerwehrlente beigegeben würden.

## Ihre Sorgen

Das immer noch qualmende Wrack der „Atlantique“ wird jetzt nach Cherbourg, dem nächsten Hafen, geschleppt.

Inzwischen ist ein Streit um die Besitzrechte an dem Wrack entbrannt. Die Direktion des Internationalen Schleppdienstes, Smith & Co. in Rotterdam gibt bekannt, daß die Erklärung des Kapitäns der „Pollux“, wonach die Holländer die „Atlantique“ zehn Minuten später als die Franzosen aus Schleppbooten genommen hätten, unzutreffend sei.

Die beiden holländischen Schleppdampfer „Roode Zee“ und „Lauwer Zee“ hätten bestimmt die erste erfolgreiche Verbindung mit dem Wrack hergestellt und damit nach dem Seerecht das Eigentum erworben. Die Erklärungen des Kapitäns der „Pollux“ hätten im übrigen wenig Wert, da die holländischen Matrosen die „Atlantique“ besetzt hätten.

Nach Ansicht eines Professors über Seerecht an der Universität in Paris gehören zwei Drittel des Wertes des Wracks, das auf offener See geborgen wird, den ursprünglichen Eigentümern, das andere Drittel muß zwischen allen Bergungsarbeitern geteilt werden, während der Teil, der zuerst auf dem wie technische Untersuchung angeordnet.



„Mieter Schulze gegen Alle!“ im Gloria-Palast

Das ist seit langem ein guter deutscher Film. Die Welt des kleinen Mannes, des Kleinbürgers, ist in wunderbarer sauberer Darstellung zum Leben gebracht. Die aus der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung dieser Schichten sich ergebende geistige Haltung, ihre Konflikte stehen um den Fall des Mieters Schulze gegen seinen Hauswirt im Mittelpunkt der Darstellung.

In seiner wirklichkeitsgetreuen Darstellung ist der Film zu begrüßen, wenn er uns auch nur die Einzellösung der aus der kleinbürgerlichen Ideologie sich ergebenden Konflikte zeigt. Während es notwendig wäre, die Auflösung der Widersprüche des kleinbürgerlichen Daseins festzustellen, zum Ausdruck zu bringen.

W.—bg.

„Die blonde Venus“ in der Scala, Nikolaistr.

Marlene Dietrich ist in diesem ihrem Großfilm wieder „von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“. Sie zeigt sich als „dämonisches Vamp-Wesen“ und zugleich, um das Spießerherz nicht zu entsetzen, in „rührseliger Mutterliebe“. So ist der Film eine geschickte Mischung aus bürgerlicher Moral und erotischer Sensationshascherei. Technisch sind einige wertvolle Bilder zu notieren.

Im Beiprogramm stellen sich der bekannte Schlagerkomponist Willi Rosen mit einigen modernen Weisen, sowie je ein Tanz- und Akrobatenduo vor.

„Die verkaufte Braut“

und „Es war einmal ein Walzer“ im Proleton

„Die verkaufte Braut“ stellt den ersten Versuch dar, eine Oper zu verfilmen. Dieser Versuch muß als nicht gelungen bezeichnet werden. Die Beibehaltung der Opernhandlung und Musik gibt dem Film etwas Unfilmisches, das zeitweise störend wirkt. Umgekehrt kommt auch die schöne Musik Smetanas nicht voll zur Geltung. Der zweite Film ist ein typisch bürgerliches Machwerk mit Wien, Walzer, Stimmung und Happyend ohne bemerkenswerte Besonderheiten. Die Emelka-Tonwoche bringt diesmal — wenn auch nur im Karikaturentell — den leisen Versuch einer Kritik an der bestehenden „Ordnung“. Immerhin anerkennenswert.

L. K.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Von der mechanischen Werkstatt her ertönten, wie dumpfes Stöhnen, schwere Hammerschläge. Irgendwo im Innern des Gebäudes quietschten Feilen, knirschte, schnarrte und ratterte der Motor eines Traktors, der sich wahrscheinlich ebenfalls in der Werkstatt befand. Sägen sangen in der Holzbearbeitungsabteilung wie Sirenen.

Wir traten in die leeren Räume des Kraftwerkes, drängten uns verlegen in der Tür herum, uns langsam an das tiefe Halbdunkel gewöhnend.

Die Kinder drückten sich eng an mich und sahen sich um, sich dem neuen Raum anpassend, den sie noch nie betreten hatten. Diese Bewohner der ganzen Welt hatten noch einen Führer durch die Wildnis der unerforschten Gebiete und der noch niemals empfundenen Eindrücke nötig. Ihre Ausflüge ins Leben machten sie vorläufig unter dem Schutz zweier für sie so allmächtiger Genies, wie Natascha und ich es waren. Natascha aber war nicht bei uns. Sie war plötzlich auf der Straße verschwunden, und das war ungewöhnlich.

Ich sah zur Tür hinaus. Auf der weißen Schneefläche gingen Arm in Arm, mit Blicken einander lieblosend, Natascha und Prochor. Die Liebe braucht doch immer die Schönheit der Heimlichkeit. Ist aber nicht in dieser Heimlichkeit die Feigheit der Diebe enthalten? Meiner Ansicht nach mißte die Liebe in der Kollektivgemeinschaft eine andere Schönheit haben: sie müßte den offenen Stolz antiker Nacktheit und die unmittelbare Erregtheit des

Blutes atmen. Uebrigens, vielleicht haben sie recht: das Geheimnis ist es, das sie vor dem Schmutz des Weiberklatsches und der Widerwärtigkeit pornographischer Augen schützt.

Das Gebäude war nicht sehr groß, nur zur Hälfte mit Stukatur beworfen. Der Fußboden war zementiert. In der Mitte arbeiteten Arbeiter, in geteerten Schürzen, vor einem vier-eckigen Loch. In der gegenüberliegenden Ecke knirschten einige Arbeiter mit ihren Schaufeln, sie mischten Beton. Es roch nach feuchtem Zement und Kalk. Rechts, die Wand entlang, türmten sich, in einem Haufen zusammengelegt, seltsame metallene Maschinenteile, Teile des Schwungrads lagen auf dem Fußboden auf Balken, bereit, zusammenzuwachsen. Bronzedrähte und Muttern glänzten golden. Eine Menge von kleinen Details, Porzellanisolatoren, lagen, wie Zucker, in Kisten zusammengeworfen, auf dem langen Tisch und auf dem Boden ausgeschüttet. Die Arbeiter machten sich mitten zwischen den verstreuten Details und den auseinandergenommenen, vom Wege noch staubigen Teilen des großen, komplizierten Mechanismus, mit dem Metall klirrend, zu schaffen. Da war ein verworrenes Gestrüpp von Röhren, Metallen, Rädern, Bohrern, Zylindern, Achsen und verkrüppelten Zahnrädern.

Ganz unerwartet trat Wjetrow zu uns. Das war nicht mehr der frühere Wjetrow, der verschlossene, mit den Eiszipfeln in den Augen, mit dem von schweren Gedanken gebeugten Rücken: das war ein neuer, freudig erregter Mensch, voller Schwung und Kraft. In seinen Augen schielte nur so mutwillige Keckheit. Das war ein lebensgieriger, genesender Mensch. Als ich jedoch den Blicken seiner wie frisch gewaschenen Augen begegnete, errötele ich, unzelte aber böse die Brauen. Die Kleinen schossen schon mit den Händchen auf ihn:

„Heil der Arbeit!“

„Er erwiderte ihnen nichts und wandte sich ab, als dächte er: wozu sind diese Knirpse hergekommen?“

„Andrej Ssemjonowitsch, du bist nicht feinfühlig gegen Menschen.“

„Gut gesprochen! Ja nun?“

„Du empfindest die Kinder nicht. Man kann

dich nach deinen Beziehungen zu den Kindern beurteilen. Zum Vieh bist du viel zärtlicher. Ich denke noch jetzt an deine Begeisterung über die Ferkelchen. Jetzt haben dich die Kinder hier mit: „Heil der Arbeit!“ begrüßt, und du landest es nicht einmal nötig, ihnen zu antworten. Du kränkst die Kommune.“

„Hoh!“

„Ja, diese Kinder der Kommune verstehen es schon, Achtung zu fordern. Sie sind ebenso interessiert an der Wirtschaft wie du.“

Er wurde verlegen, zuckte mit den Augen, als bemerkte er die Kinder zum erstenmal und wüßte nicht, was mit ihnen anzufangen und worüber mit ihnen zu reden. Und plötzlich schrie er laut, daß es durch das ganze Gebäude hallte:

„Hoch die jungen Kommune!“

Doch der Gruß klang falsch und unaufrichtig. Die Arbeiter lachten und blickten uns neugierig an. In ihren Augen leuchtete zärtliche Wärme. Ich ging zur Tür und zog die Kinder hinter mich her.

„Vorwärts, Kinder! Vergesst nicht, daß unsere Arbeitszeit beginnt.“

„Wartet mal, wartet! Kinder! Gulja Iwanowna!“

Mit jugendlicher Behendigkeit lief Wjetrow rasch zur Tür und hob den Arm.

„Ja nun? Kinderchen! Was ist los? Ich ergebe mich. Ich erkläre mich schuldig.“

Er lechte verlegen.

Die Kinder drängten sich finster um mich und schwiegen.

„Da kommt nichts heraus, Wjetrow. Die Fehler haben immer ihre Folgen. Der Konflikt muß in anderer Weise erledigt werden. Du siehst, die Kinder sind mißgestimmt; ihre menschliche Würde ist gekränkt. Dein Gruß kam verspätet.“

„Du fäßt die Sache zu ernst auf. Du spielst selbst für sie Komödie. Ja, nun?“

„Du beleidigst mich, Andrej Ssemjonowitsch. Ich spreche das aus, was die Kinder fühlen. Ich mache keinen Spaß.“

„Hier irgendwo muß doch auch mein Bengel sein.“

„Geh nur, Andrej Ssemjonowitsch, hier sind alle gleich vor dir, die Ordnung darf nicht gestört werden.“

Er wurde noch verlegener, duckte sich hilflos zusammen, den Kopf in den Mantelkragen versteckend. Für eine Sekunde glitzerten wieder die Eiszipfeln in seinen Augen — Kränkung und stolze Entfremdung war das. Aber sofort flackerten in ihnen wieder Funken des Uebermutes und jugendlichen Spottes. Ich merkte sehr gut, daß er mich bewunderte.

Parteiarbeit

Ich hatte sehr viel zu tun und keine freie Minute bis spät in die Nacht hinein. Ich verrichtete gleichzeitig verschiedene Arbeiten. In der Frühe verbrachte ich eineinhalb bis zwei Stunden im Kinderhort und Kindergarten. Natascha und ich arbeiteten zusammen mit den Wärterinnen einen genauen Tagesplan aus: instruierten sie, machten sie auf die Fehler in der Arbeit des vorigen Tages aufmerksam und erklärten unsere Belehrungen durch Begründungen, die wir aus der Physiologie und sozialen Pädagogik kannten. Uebrigens hielten Prochor und ich zweimal wöchentlich populäre Vorträge über Naturwissenschaft, Hygiene und Gesundheitswesen für sie. Ich versammelte auch öfter die Mütter, die Kommunefrauen und die Bäuerinnen aus dem Dorf und unterhielt mich mit ihnen darüber, wie die Kinder zu behandeln seien, wie die Säuglinge ernährt und gepflegt werden. Ich organisierte eine ständige Konsultation in Mutterschafts- und Säuglingsfragen und in den Fragen der Erziehung der Kinder im Vorschulalter. Natascha war ein famoses Frauenzimmer. Sie leitete die Konsultation sehr sicher und wußte, wie jede der Frauen zu behandeln und wo sie am besten anzupacken war. Die Bäuerinnen gingen lieber zu ihr als zu mir: sie kannten sie schon lange und vertrauten ihr alle ihre Geheimnisse und Klümmernisse an. Sie sprachen mit ihr über die Kleinigkeiten des Alltags, und Natascha verstand es, in diesen aufrichtigen Gesprächen ihnen viele wertvolle Ratschläge zu geben. In unserem Hort und Kindergarten kamen immer mehr Kinder aus dem Dorf und die Mütter fühlten sich sehr bald wie zu Hause bei uns. Diese Bäuerinnen aus dem Dorf halfen uns sehr in unserer Arbeit in den Dörfern.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Legende vom Austro-Marxismus

Wir bringen heute den Schluß des bereits am Freitag an anderer Stelle der Zeitung erschienenen Artikels des Gen. Goldenberg.

IV.

Die österreichische Sozialdemokratie hat in ihrer Mitte eine große Menge kleinbürgerlicher Elemente: die Masse der Parteischankwirte, Parteigestellte, Beamte der Gemeinde Wien, linke Intellektuelle. Sie zählt immer noch an die 600.000 Mitglieder. Sie hat im letzten Jahr etwa 30.000 Mitglieder verloren, aber schon fast 15.000 wieder gewonnen. Hingegen haben die Gewerkschaften prozentual erheblich mehr verloren als in Deutschland, während die österreichischen Löhne noch unter denen Deutschlands stehen.

Innenparteiliche Oppositionen wird von vornherein die Spitze abgetrieben, man macht sie unschädlich, indem man sie gewähren läßt. Die scheinbare Unmöglichkeit einer revolutionären Kämpfe ermöglicht eine Toleranz in der Organisation, die in Ländern mit gespaltener Arbeiterbewegung und verschärften Klassenkämpfen zum Zerfall der Partei führen müßte. Dadurch aber wird jede Opposition zur Wirkungslosigkeit verdammt. Es ist dasselbe System, das sich in der Bewaffnung des Schutzbundes offenbart: man gibt ihm Waffen, damit er nicht schießt. (Ab und zu liefert man dann Magazine der Regierung aus, beschafft sich dann wieder neue usw. usw.) Schließt der Schutzbund aber — wie in der Simmering-Affäre — so bezieht sich die Parteileitung, unter revolutionären Reden von den Schleichenden abzurücken. Diese Politik des Lavierens, des dauernden Kompromisses, die bei gleichzeitigen revolutionären Reden für den Zentrismus charakteristisch ist, hat die Sozialdemokratie stark zurückgedrängt und ihre Doppeltzungigkeit verstärkt. Nach dem Krach der Creditanstalt tauchten sofort Pläne auf, dies Unternehmen aus Staatsmitteln zu sanieren, ohne es aber zu verstaatlichen. Die SPOe wettete zunächst dagegen — dann, bei der Abstimmung im Parlament, fällt sie um und stimmt dafür. Oder: dieses Jahr wurde nach deutschem Muster ein „Weihnachtsfrieden“ von der Regierung verkündet. Im Auftrag der SPOe erhebt Seitz feierlichen Protest bei Dollfuß gegen diesen „Verfassungbruch“. Doch die Durchführung läßt nicht auf sich warten — die SPOe kapituliert kampflos. Dasselbe Bild bei dem erlassenen Uniformverbot für Demonstrationen. Als vor dem letzten Parteitag in der Bezirkskonferenz des Wiener Bezirks I (Innere Stadt) Käthe Leichter den Antrag einbrachte, die II. Internationale aufzufordern, mit der III. Internationale Verhandlungen zwecks Einheitsfront anzuknüpfen, da trat Otto Bauer schärf gegen auf — aber auf dem Parteitag selbst, vor den Ohren der Öffentlichkeit, demselben Antrag seine Sympathie zu erweisen. Im übrigen trat Bauer auf dem Parteitag in einer Form auf, die nicht den geringsten Unterschied zwischen ihm und dem „rechten“ Karl Renner mehr erkennen läßt. Von links tritt neben der völlig wirkungslosen Opposition Max Adlers (in erster Linie intellektuelle) die Opposition der Leichteners auf — eine sehr loyale Opposition, „Rebellen österreichischen Schlages“ — d. h. stets bereit, ohne Kampf zu kapitulieren (Trotzki). Das Kampfbild auf dem Parteitag war hier vor allem der Wille der „Jungfront“ (Organisation der jüngeren Parteigenossen), ihre Führer selbst zu wählen, ein Wunsch, der sich in sehr temperamentvoller Weise auf der Wiener Jungfrontkonferenz vom 6. November zeigte, in der nach einem Empörungsturm gegen die Bevormundung durch die Partei der von der Partei bestimmte Leiter, Kanitz, abgesetzt wurde. Der Kampf endete auf dem Parteitag — wie nicht anders zu erwarten — wiederum mit einem Kompromiß: in Zukunft werden die Leiter von der Jungfront gewählt und von der Partei bestätigt. „So viel Lärm um einen Eierkuchen“ — würden die Franzosen sagen.

Zur Zeit des deutschen Reichstagswahlkampfes war dann Bauer in Berlin, um, als approbiertes Paradeferd der Linken in der II. Internationale, Wels zu helfen, seine Leute bei der Stange zu halten.

V.

Aus der ständigen „Anpassung“ an die Verhältnisse ergibt sich eigentlich das, was den reformistischen Opportunismus der bürgerlichen Parteien in der Arbeiterklasse ausmacht. Die Verhältnisse, an die sich die jeweilige Partei „anpaßt“, sind verschieden — was Wunder, daß zwischen den einzelnen Parteien derselben Gattung die größten auch prinzipiellen Unterschiede zu bestehen scheinen! Der Reformismus im heutigen Deutschland muß auf Reformen ganz verzichten sich am 20. Juli auf die Straße setzen lassen, nicht ohne vorher sein Möglichstes für die Bourgeoisie getan zu haben. In Oesterreich tritt er auf in der Gestalt des Zentrismus der österreichischen Schule. Aber hier einen prinzipiellen Gegensatz zwischen einer „situation nicht mehr reformistischen“, „konterrevolutionären“ oder „sozialfaschistischen“ Partei und einer guten, echten, revolutionären zu konstruieren, heißt ganzlich den Marxismus preisgeben, der uns lehrt, in der Erscheinungsform die Wirklichkeit zu erkennen. Die SPOe ins Deutsche übersetzt ist eben die SPD. Sie ist Fleisch vom Heisch, Blut vom Blut der II. Internationale. Die Legende vom revolutionären Wesen des österreichischen Reformismus ist daher eines der schädlichsten Gifte für die deutsche Arbeiterklasse.

B. Goldenberg.

Werbt Abonnenten

# Der Kampf um den Lohn in der Metallindustrie Breslau

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller ist von dem bisherigen Lohnabbau nicht befriedigt. Er macht die größten Anstrengungen und hält jedes Mittel für gut, das den Arbeitern in der Metallindustrie eine weitere Kürzung ihrer sehr kümmerlichen unzulänglichen Verdienste bringt. Da er im offenen Ringen anlässlich des Abschlusses des letzten Tarifvertrages, wo er bekanntlich durchschnittlich 8 bis 15 Prozent Kürzungen der Löhne und Akkordsätze forderte, nicht auf seine Rechnung kam, so versuchte er nachträglich mit juristischen Kniffen und Auslegungen und mit Hilfe des Arbeitsgerichts zum Zuge zu kommen. Obwohl die Verdienste der gelehrten Metallakordarbeiter innerhalb zwei Jahren im Durchschnitt von rund 1,25 RM bis auf weniger wie 80 Pfg mit Hilfe von Notverordnungen und Schlichtungsinstanzen herabgedrückt wurden, sollen sie nach den Plänen des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller um weitere 15 bis 20 Prozent gekürzt werden. Der Verband Schlesischer Metallindustrieller hält es für richtig, nachdem ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen war, während dem Bestehen des Tarifes die Akkordsätze ganz wesentlich herabzusetzen.

Der VSM gab dem Tarifvertrag eine Auslegung, die von den Arbeitern ganz entschieden abgelehnt wurde.

Bei der Firma H. Meinecke sollte mit den Verschlechterungen der Akkorde begonnen werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter standen solidarisch zusammen und lehnten es ab, Akkorde mit gekürzten Akkordzeiten auszuführen. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß sie, falls die Firma von diesen Verschlechterungen nicht Abstand nimmt, die Arbeit einzustellen. Daraufhin unterblieben nach den ersten Versuchen weitere Verschlechterungen. Der Verband Schlesischer Metallindustrieller wandte sich an das Arbeitsgericht in einer Feststellungsklage und wollte festgestellt haben, daß der Unternehmer, ohne sich mit den Akkordarbeitern zu verständigen und zu einigen, einen Akkord, der mehr wie 20 Prozent Ueberschlag über den Akkordsatz erbringt, soweit ein solcher Ueberschlag nicht ausschließlich auf individuell gesteigerte Arbeitsintensität des einzelnen Akkordarbeiters zurückzuführen ist, so kürzen kann, daß der Akkordarbeiter nur noch 20 Prozent über den Akkordsatz verdient. Solche Rechte der Unternehmer würden bei Abschluß von Akkordverträgen der Willkür gegen den Arbeiter Tür und Tor öffnen.

Die Klage des VSM beim Arbeitsgericht Breslau richtete sich gegen den Deutschen Metallarbeiterverband, seinen Bevollmächtigten Ziegler persönlich den Christlichen Metallarbeiterverband und den Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter HD. Die beiden Syndikats des Metallindustriellenverbandes, Dr. Rosenberger und Dr. Förster, traten als Prozeßbevollmächtigte auf, reichten einen mit Anlagen 26 Scheibmaschinen seitens langen Klagesatz ein und begründeten die „Rechte“ der Unternehmer, willkürlich und einseitig Akkorde kürzen zu können. Daß der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ziegler, nicht als Person verklagt wurde (die Bevollmächtigte des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerksvereins Deutscher Metallarbeiter wurden nicht verklagt), ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer den Widerstand der Metallarbeiter auf Anweisungen Zieglers zurückführen. In ihrer Klageschrift schreiben die Prozeßbevollmächtigten des Metallindustriellenverbandes:

„... Er (Ziegler) ist es auch, der in erster Linie durch seine persönlichen Erklärungen, Anweisungen usw. den Beklagten zu 1 (Deutscher Metallarbeiterverband) und deren Mitglieder stets und auch im vorliegenden Falle zu ihren Handlungen bzw. Auffassungen bestimmt hat.“

Die Beklagten beantragen, die Klage ab-

zuweisen. Das Arbeitsgericht fällte folgende Entscheidung:

„Die Klage wird abgewiesen.“

Es wird festgestellt:

Während der Dauer des Tarifvertrages, der am 11. November 1932 zwischen dem Kläger und den Beklagten zu 1, 3 und 4 abgeschlossen worden ist, dürfen Akkordlöhne, die vor Inkrafttreten des vorgenannten Tarifes (alte Lohnakkorde) festgesetzt worden sind, herabgemindert werden und dem tariflichen Richtsatz nach Abschnitt II Ia des vorgenannten Tarifvertrages angepaßt werden, ohne daß eine der Voraussetzungen nach Abschnitt II, I b, Satz 1 vorliegen, ausgeschlossen jedoch, wenn ein über die tariflichen Richtlinien hinausgehender Durchschnitts-Stundenverdienst einer Berufsgruppe nur auf einer individuell gesteigerten Arbeitsintensität der einzelnen Akkordarbeiter zurückzuführen ist.

Auf dieser Revision der alten Akkordlöhne ist im Falle von Streitigkeiten nach Abschnitt III, Ziffer 3 des Tarifvertrages zu verfahren.

Eine Änderung der im Rahmen der Bestimmungen des neuen Tarifvertrages vom 11. 11. 32 festgesetzten Akkordlöhne darf nur gemäß Abschnitt II I b Satz 1 erfolgen, und zwar auch in diesem Falle bei Streitigkeiten nur unter Beachtung des Abschnittes II Ziffer 3.

c) Der Kläger hat die Friedenspflicht nicht verletzt.

III. Die Kosten tragen die Parteien zur Hälfte mit Ausnahme der durch die Klage gegen den Beklagten zu II entstandenen Kosten, die dem Kläger allein zur Last fallen.

IV. Wert des Streitgegenstandes wird auf 500 RM festgesetzt.“

Nach dieser Entscheidung hat der Verband Schlesischer Metallindustrieller die Hälfte der Kosten zu tragen und außerdem die vollen

Kosten, die auf den beklagten Bevollmächtigten Ziegler des Deutschen Metallarbeiterverbandes entfallen.

Die Feststellung des Arbeitsgerichts, daß eine Minderung der Akkorde ausgeschlossen ist,

„wenn ein über die tariflichen Richtlinien hinausgehender Durchschnittsakkordverdienst nur auf einer individuell gesteigerten Arbeitsintensität der einzelnen Akkordarbeiter zurückzuführen ist“,

sollte auch den Unternehmern Anlaß geben, auf Akkordkürzungen zu verzichten. Die höheren Ueberschläge bei den alten Akkorden sind nur auf individuell gesteigerte Arbeitsintensität zurückzuführen.

Die Unternehmer gehen dazu über, alle Leistungszulagen und alle Akkorde, die einen höheren Verdienst durch hervorragende Leistungen erbringen, abzubauen. Sie wollen allen Arbeitern, ob sie hochqualifiziert, ob sie besonders geschickt und fleißig sind, den niedrigsten Tarif- und Akkordlohn bezahlen. Sie zwingen damit den Arbeiter, seine Leistungen der Bezahlung anzupassen.

Der Tarifvertrag ist bereits gekündigt und läuft zum 31. Januar 1933 ab. Der Deutsche Metallarbeiterverband wird versuchen, einen klaren einwandfreien Tarifvertrag zustande zu bringen oder, falls dies nicht gelingt, überhaupt auf einen Tarifvertrag verzichten. Für die Metallarbeiter stehen schwere, ernste Kämpfe bevor. Es muß nicht nur jeder einzelne seinen Mann im Betriebe stehen gegen die Verschlechterung seiner Lebenslage, sondern er muß auch mit seinen Klassen-genossen in der Gewerkschaft solidarisch zusammenhalten und bereit sein, den Kampf auf alle Konsequenzen hin gegen die Unternehmerwillkür zu führen. Deshalb, Metallarbeiter, schließt euch zusammen und seid kampfbereit.

## Krise und Schiffbau

Vor neuen Massenentlassungen auf den Werften

Für das Jahr 1933 sind vorläufig Schiffsbau-fähige Schiffe versetzt hat, ist kein Wunder. Ständiger Arbeitsrückgang seit drei Jahren hatte ständige Arbeiterentlassungen auf den Werften zur Folge. Werften wurden ganz oder teilweise stillgelegt. Wie groß der Rückgang des Schiffbaues in den letzten drei Jahren war, geht aus folgenden Zahlen hervor:

1930	85 Schiffsbauten mit 338.000 B.-R.-T.
1931	62 „ „ 242.000 „
1932	17 „ „ 103.981 „

Für das Jahr 1933 sind vorläufig Schiffsbauaufträge mit insgesamt nur 70.000 Brutto-Register-Tonnen vorhanden, auf eine nennenswerte Erhöhung dieser Zahl wird in der Weltindustrie nicht gerechnet. Der Rückgang der Bauaufträge in den vier Krisenjahren beträgt also nach diesen Zahlen nicht weniger als 82 Prozent; mit diesem ungeheuren großen Produktionsausfall steht der Schiffbau weit über dem der anderen Produktionszweige. Während in den Eisen- und Hüttenwerken die Kapazitätsausnutzung immerhin noch 25 bis 35 Prozent beträgt, wird die Baumöglichkeit der Werften nur noch zu 10 Prozent ausgenutzt.

Von 60.000 sonst beschäftigten Werftarbeitern stehen heute nur noch 10.000 in Arbeit. Angesichts des katastrophalen Auftragsrückgangs stehen für das Jahr 1933 weitere Stilllegungen bevor. Dazu kommt, daß durch die Großwerften in letzter Zeit der Gedanke eines „regionalen Zusammenschlusses“,

d. h. eine konzernmäßige Zusammenfassung der Werften, propagiert wird, was über die

voraussichtliche Annahme hinaus Stilllegungen größten Stils zur Folge hätte. Es ist so gut wie sicher, daß die jetzt auf den Werften „Deutsche Werft AG.“ und bei „Blohm & Voß“ vorgenommenen Kündigungen sämtlicher Angestellten im engsten Zusammenhang mit diesen Plänen stehen, worüber die reichlich abgedroschene Vorgabe der Werften, „es handle sich nur um vorläufige Kündigungen“, nicht hinwegtäuschen kann.

Kapitalistischer Vernichtungswahnsinn hier wie dort. Die Abwrackung von Schiffen ist auf den Reedereien ebenso an der Tagesordnung wie die Zerstörung in den übrigen Industriezentren. Für das kommende Jahr ist auch in dieser Hinsicht bereits reichlich vorgesorgt. So sind die Reedereien und Kleinschiffahrtsgesellschaften der Elbe, Oder und den märkischen Gewässern mit einem Plan an die Öffentlichkeit getreten, der die

Abwrackung von 500.000 Tonnen Binnen-schiffahrtskähnen

vorsieht, wodurch der auf diesen Gewässern vorhandene Kahnraum um 12 Prozent herabgemindert wird. D. 6

## Der Jahresbericht der Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn AG hat einen vorläufigen Jahresbericht über 1932 veröffentlicht. Danach sind die Einnahmen infolge der Krise dauernd zurückgegangen. Sie betragen im Jahre 1932 schätzungsweise 2850 Millionen RM, gegenüber 5354 Millionen im Jahre 1929 und immerhin noch 1 Milliarde mehr, nämlich 3855 Millionen, im Jahre 1931. Am stärksten betroffen wurde der Güterverkehr. Er sank gegenüber 1929 um 52 Prozent, die Einnahmen aus dem Personenverkehr beliefen sich um 36 Prozent niedriger als 1929.

Die Ausgaben sanken infolge Lohnabbau und Entlassungen ebenfalls beträchtlich, und zwar seit 1929 um 33 Prozent. Die Personalausgaben betragen 820 Millionen RM, weniger als 1929 bei einer Personenverringerung um rund 6,3 Prozent (von 713.000 auf 604.000).

## Weberstreik in Armentiers

Paris, 6. Januar.

WTB. Der vor einigen Tagen ausgebrochene Weberstreik in Armentiers (bei Lille, Nordfrankreich) hat größere Ausdehnung angenommen. Es streiken jetzt in Armentiers über 3000 und in der Umgebung etwa 2000 Arbeiter. Heute nachmittag haben die Streikenden eine stark besuchte Versammlung abgehalten, nach deren Schluß sie vor die Tuchhandlungen zogen, wo sie das Personal veranfaßten, die Arbeit einzustellen.

## Durch Starkstrom getötet

Haag, 6. Januar.

WTB. Der gesamte Straßenbahnverkehr der Stadt wurde heute durch einen schweren Unglücksfall in der Zentrale des Städtischen Elektrizitätswerkes für längere Zeit lahmgelegt. Ein Monteur geriet bei Ausbesserungsarbeiten mit einem 10.000-Volt-Kabel in Berührung und war auf der Stelle tot. Bei dem Verunglückten handelt es sich um einen deutschen Monteur.

## Das Ausrüstungshaus für SJV

Schutzbund und SAP empfiehlt allen Genossen

Blaue Hemden 3,25 RM, starke Qualität	4,25 RM
Rote Seidenbinde	0,75 „
Manchester-Kniehose, blau, 6,00 RM, starke Qualität	9,00 „
SJV-Kleiderbrosche, handgehämmert	1,75 „
SJV-Koppelschloß, handgesägt	2,00 „
Koppelschloß, glatt, Messing oder Nickel	0,65 „
Lederkoppel	1,75 „
Schüterriemen 1,25 RM, mit doppelten Karabinerhaken	1,50 „
SJV- und SAP-Radwimpel, zweiseitig bestickt	0,80 „
SJV-Armbinde, bestickt	0,25 „
SAP-Armbinde, bestickt	0,30 „
SAP-Bootswimpel, bestickt	1,00 „
SAP-Fahne, zweiseitig bestickt, 120x80 cm	4,25 „
Kletterwesten	9,00 RM, 12,00 RM, 16,00 „
SJV-Stoffabzeichen zum Aufnähen	0,25 „
schwarze Breecheshosen für Schutzbund	8,75 „
Motorradstiefel (Bärenstiefel)	17,50 „
Schutzbundmütze, blau Tuch, Lackschirm,	
Schuposturmriemen und rote Kokarde kompl.	3,60 „
rote Kokarden	0,10 „
Schuposturmriemen (Messingbeschlag)	0,75 „

Sämtliche Ausrüstung für die Gruppen!

## DIE FACKELSTUBEN

Berlin C 2 \* Klosterstr. 62 (Ecke Stralauerstr.)

Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto Berlin 6632 des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgenossen E. V., Berlin C 2.

# Vom Zentrismus zur revolutionären Aktion

1. Als die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Gründungskonferenz abhielt, war sie bereits ein durchaus heterogenes Gebilde. Marxistische Opposition und pazifistische Strömungen hätten sich zusammengedrängt im Widerstand gegen den Koalitions- und Tolerierungsopportunisten der SPD. Die Heterogenität der Partei mußte notwendig eine Verschärfung erfahren, als eine Reihe weiterer Gruppen, die Reste der USP, Sozialistischer Bund, KAPistische Strömungen in ihr sich zusammenschlossen. Als dann die ehemalige KPO-Minderheit zur Partei kam, wurde aus dem Durcheinander der Richtungen ein wirklicher Prinzipienstreit. Der Kampf ging darum, ob die SAP, an deren Wiege 5 oder 6 Sekten Gevatter

Abendlandes" bedroht. Nicht zuletzt bedeutet sie eine Gefahr für die Sowjetunion. Unser Kampf muß, getreu unserer Prinzipienklärung, sich gegen alle imperialistischen Bündnisse und Verträge richten, die die Ausbeutung und Unterdrückung von Proletariats zur Folge haben, einzeln, ob sie unter dem Namen Young-Plan oder anders in Erscheinung treten, einzeln, ob sie sich als Werkzeuge des Krieges oder des Friedens drapieren.

6. „Der andere Giftzahn des Aktionsprogramms und der Prinzipienklärung, das ist die Verpflichtung zur Verteidigung der Sowjet-Union gegen einen imperialistischen Angriffskrieg“, sagte Genosse Theodor Liebknecht auf dem 1. Parteitag. Die Sozialistische Arbeiterpartei will sie nicht nur dem Namen nach eine revolutionäre Partei sein, muß solche Meinungen in ihren Reihen ausmerzen.

Die Stellung zur Sowjet-Union ist eine Schicksalsfrage des Proletariats der ganzen Erde.

sie ist in unseren Tagen eine grundsätzliche Frage und keine taktische, darum muß hier Uebereinstimmung bestehen. Sicherlich ist es unser Recht und unsere Pflicht, den Vorkäufen in der Sowjet-Union im Geiste aufbauender Kritik gegenüber zu stehen; das entbindet uns aber nicht der zwingenden Verpflichtung, jeden Tag bereit zu sein, mit allen Mitteln jenen gigantischen Versuch unserer russischen Klassengenossen gegen land- und

beutelüsterne Zugriffe kapitalistischer Raubstaaten zu verteidigen.

7. Die letzte Frage, die innerhalb der Partei endgültig entschieden werden muß, ist die Frage des demokratischen Zentralismus. Er hat zur Voraussetzung die Uebereinstimmung in allen prinzipiellen Fragen. Die Grundsätze einer revolutionären Partei sind nicht Gegenstand der innerparteilichen Polemik, sondern die von diesen Grundsätzen abzuleitenden taktischen Erwägungen. Diese Taktik der Partei freilich muß diskutiert werden bis zwei Sekunden vor der Aktion, in der aber dann die Partei in völliger Geschlossenheit und Einmütigkeit zu stehen hat. Eine revolutionäre Partei muß in allen taktischen Fragen die freieste Diskussion führen, die nur während der Aktion verstummt, jedoch nachher sofort in Gestalt der Kritik wieder einsetzt. Diese Kritik nun vollzieht sich von unten nach oben, von oben nach unten und in die Quere. Der gesamte Parteikörper muß vom strömenden Lebenssaft aufbauender Kritik erfüllt sein. Ueber der Kritik erhabene und für sie nicht erreichbare Führerschichten und Instanzen darf es in einer revolutionären Partei nicht geben. Diese Freiheit der Diskussion und der Kritik, durch die absolute innerparteiliche Demokratie verbürgt, ist aber

nur möglich unter zwei Voraussetzungen:

1. Die Partei kann nicht jedes Jahr ihre Grundsätze ändern. Eine zentristische Partei kann z. B. das Prozentverhältnis von Demokratie und Diktatur, für das sie eintreten will,

herauf- oder herabsetzen, eine revolutionäre Partei muß sich eindeutig, ohne Linzer Vorbehalt, auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen.

2. In der Aktion liegt die Verantwortung bei der Parteileitung. Wenn die Partei in einer Aktion steht, hat die Diskussion über den Teil der Aktion, der eben zur Durchführung gelangt, aufgehört. So ist die Möglichkeit gegeben, die Taktik beweglich zu gestalten. Aber bewegliche Taktik ist nur möglich bei feststehenden Grundsätzen.

Ihre Grundsätze kann eine Partei nur ändern, wenn die gesellschaftliche Situation eine grundstürzende Änderung erfährt. Die Taktik kann aber nach Wilhelm Liebknechts Wort 21 mal am Tage geändert werden.

8. Gelingt es der Sozialistischen Arbeiterpartei auf dem kommenden Parteitag, alle jene Abirrungen von der revolutionären Grundhaltung zu überwinden, dann hat sie die Möglichkeit, zu dem zu werden, was die deutsche Arbeiterbewegung braucht: eine kommunistische Partei ohne die Fehler der KPD.

Gelingt es unserer Partei, zu innerer Klarheit auf dem Boden unserer Prinzipienklärung zu gelangen, zur Einheit von Prinzip und Aktion vorzustoßen, so hat sie dadurch einen wichtigen Schritt zur Gründung der Arbeiterbewegung getan; denn dann ist

der Weg zur Bildung einer in den Massen verankerten revolutionären Front frei.

Sie hat dann die richtige Analyse, das Programm von morgen, und damit die Chance, in Deutschland eine ähnliche Rolle zu spielen, wie die Bolschewiki in Rußland. Sie kann dann wie jene den Marxschen Satz erhärten, daß auch die Theorie zur realen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift.

Franz Bobsien, Hamburg.

## Zur weiteren Diskussion

Mit der heutigen vierten Diskussionsbeilage schließen wir vorläufig die Diskussion über die beiden ersten Fragen, „Probleme der innerparteilichen Demokratie“ und „Die SAP und ihre Stellung zur SPD und KPD“, ab. In der nächsten Beilage wird das Problem „Die Rolle der Partei“ zur Behandlung kommen.

gestanden hatten, ein Kartell dieser Sekten werden sollte, oder ob der Weg zu prinzipieller Klarheit gefunden wurde.

2. Der März-Parteitag brachte einen gewissen Abschluß in der Entwicklung insofern, als an die Stelle des in jeder Hinsicht provisorischen Aktionsprogramms der Gründungszeit eine klare, revolutionäre Prinzipienklärung getreten war. Bereits auf dem Parteitag selbst zeigte sich aber, und nicht nur an dem Sondervotum der 27, daß diese Prinzipienklärung der ideologischen Reife weiter Kreise der Mitgliedschaft um einen Schritt voraus war. Wenn die Prinzipienklärung trotzdem mit so großer Mehrheit zur Annahme kam, dann, weil sie nicht allgemein in ihrem prinzipiellen Charakter erkannt worden war und der Mittelgruppe der Partei auslegungsfähig schien. Es ist ein Wesensmerkmal des Zentrismus, daß er bereit ist radikalen Programmen zuzustimmen, sich jedoch die Hintertür der Auslegung offen läßt, statt sich in der Praxis, in der Aktion, von dem radikalen Sinn solcher Programme leiten zu lassen.

3. Seit dem Parteitag ist die Mitgliedschaft im wesentlichen zu der Bereitschaft herangewachsen, die Prinzipienklärung der Partei zu erfüllen. Ueber den Grad dieser Bereitschaft muß der kommende Parteitag Klarheit schaffen. Die Aufgabe dieses Parteitages ist es, darzutun, daß die Entwicklung von der zentristischen zur revolutionären Partei vollzogen ist, daß es für unsere Partei kein Auseinanderklaffen von Prinzip und Aktion, Vorhut und Masse mehr gibt. Zu den entscheidenden Fragen, an denen die Situation in der Partei sich in voller Klarheit darstellen muß, gehören in erster Linie:

die Fragen der Machteroberung, der Außenpolitik, der Sowjet-Union, des demokrat. Zentralismus.

4. Entscheidend an unserer Prinzipienklärung ist ihr Ausgangspunkt, das Machtproblem. Die Erkenntnis, daß der bürgerliche Staatsapparat im revolutionären Machtkampf durch die Staatsorgane des Proletariats, die revolutionären Räte, zertrümmert werden muß, darf fortan in der Partei nicht mehr verdunkelt werden, indem man immer wieder illusionäre Anschauungen vom Staat, vom Parlament, von der Demokratie einschmuggelt. Es muß erkannt werden, daß

die Forderung der politischen Demokratie in der Zeit des niedergehenden Kapitalismus keine revolutionäre Forderung mehr

ist. Der Faschismus wird nicht durch die Wiederherstellung der politischen Demokratie überwunden, sondern durch den außerparlamentarischen Kampf um die Rätediktatur.

5. Die noch immer wieder auftauchenden außenpolitischen Illusionen müssen nun endlich zu Grabe getragen werden. Genau so wenig wie eine revolutionäre Partei gleichzeitig Möglichkeiten für 90 Prozent Diktatur und 10 Prozent Demokratie sehen kann, genau so wenig kann sie gleichzeitig den Völkerbund als einen Bund kapitalistischer Staaten und „als Tribüne, von der aus man Forderungen an die internationale Öffentlichkeit stellen kann“, kennzeichnen. Wir haben klar zu erkennen, daß es im Wesen aller imperialistischen Staatenbündnisse liegt, daß sie gegen einen Dritten gerichtet sind. Wir müssen weiter erkennen, daß ein europäischer „Ueberstaat“ die kriegerischen Auseinandersetzungen lediglich an neue Grenzen verlegen würde. Im imperialistischen Interesse geschlossene Bündnisse können in keiner, wie auch immer gearteten Weise antiimperialistisch wirken. Alle falschen Hoffnungen, die auf ein „Ueberheer“, auf eine Völkerbundsmiliz gesetzt werden, müssen, in einer revolutionären Partei ausgerottet werden. Eine Völkerbundsmiliz wäre eine internationale SA, eine internationale Prätorianergarde des internationalen Monopolkapitals, die eingesetzt würde gegen jede revolutionäre Erhebung, die die „Sicherheit und Kultur des

## Wie erfüllen wir unsere Aufgaben?

Der ehemalige linke Flügel der SPD, der Vorläufer der SAP, hatte sich zur Aufgabe gesetzt, die SPD zu revolutionieren. Der Ausschluß der Genossen Seydewitz und Rosenfeld gab die Veranlassung zur Gründung der SAP, da es unmöglich war, innerhalb der SPD weiterhin in diesem Sinne zu wirken. Die Ereignisse des verflossenen Jahres haben uns bewiesen, daß der damals notwendige Schritt unbedingt richtig war.

Die Genossen, die sich in der SAP vereinigt hatten, gerieten durch die Gründung einer eigenen Partei selbstverständlich sofort in einen schroffen Gegensatz nicht nur zur SPD, sondern auch zu ihren bisherigen Gesinnungsfreunden des linken Flügels, die aus irgend welchen Gründen den Schritt zur SAP nicht mitmachten. Wir machten in wenigen Wochen einen gründlichen Radikalisierungsprozess durch, der uns nicht nur, was selbstverständlich war, von den noch an uns haftenden Schlacken der alten Partei reinigte, sondern uns auch in hohem Maße von dem geistigen Gedankengut, das uns als linker Flügel der SPD zusammengehalten hatte, trennte. Unsere bisherigen Freunde, Bieligk, Graf, Petrich, Bergholz und die Tausende, die nicht mit uns gingen, betrachteten wir gar bald als Verräter. Das war unsere erste Abgleitung in kommunistische Dogmatik. Wir sahen in denen, die uns am nächsten standen, den größten Feind, was zur Folge hatte, daß wir uns in stärkstem Maße isolierten. Das alles war jedoch zu erklären und zu entschuldigen durch die durch die Spaltung entstandene Atmosphäre. Heute jedoch, nachdem wir ein reichliches Jahr der Entwicklung hinter uns haben, ist es unsere Pflicht, kritisch zu diesen Dingen Stellung zu nehmen.

Eine Partei, die sich als Aufgabe die Führung des Klassenkampfes, die Befreiung der Arbeiterklasse, den Aufbau des Sozialismus gestellt hat, muß erstens in Theorie und Praxis revolutionär sein, muß zweitens aber auch Massenpartei sein bzw. werden. Das eine ohne das andere genügt nicht. Das haben uns Paul Lewi und Max Adler so oft gesagt, daß wir es nicht vergessen sollten. Paul Lewi

ist ja leider in der Presse der SAP anscheinend nicht nur körperlich, sondern auch geistig tot. Als wir die SAP gründeten, erschien uns ein von der KPD an die Wand gemaltes Gespenst: der Zentrismus. Die Angst, etwa eine „zentristische Sumpfpartei“ zu werden, trieb uns auf dem Wege zur kommunistischen Sekte. Unsere Gegner sagten: Zwischen SPD und KPD gibt es für eine dritte Partei keine Existenzberechtigung. Wir haben dem mit Recht widersprochen, aber im Innern, ganz heimlich, haben es die meisten doch geglaubt. Die KPO-Minderheit, die zu uns kam, um die SAP zu erobern, fand für ihre Arbeit den günstigsten Boden vor. Ihre These, „Die SAP kann nur eine kommunistische Partei sein“, wurde gar bald eine allgemeine Auffassung.

Genossen! Wir sagen in aller Offenheit: Eine solche kommunistische Partei, als Schatten der KPD, hat keine Existenzmöglichkeit. Das wissen auch die KPO-Genossen. Ihre ganze Politik ist daher auf die Reformierung der KPD gerichtet. Sie sind nach wie vor, trotz Zugehörigkeit zur SAP, eine kommunistische Opposition. In seinem letzten Diskussionsartikel stellt der Genosse Frölich, nachdem er die Sünden und Fehler der KPD aufgezählt hat, fest, daß die KPD dennoch eine revolutionäre Partei ist. Wer zu einer solchen Auffassung gelangt hat kein Recht, den mühseligen Aufbau einer neuen Partei zu propagieren. Wir haben die SAP bei vollem Bewußtsein gegründet. Wir meinen, daß die Politik der KPD aus all den bekannten Gründen, die wir hier nicht aufzählen brauchen, in ihrer Wirkung objektiv konterrevolutionär ist. Die Auffassung des Genossen Rosenfeld, „Die SAP hat ihre Mauern gegenüber der KPD stark überhöht“, teilen wir nicht, wobei wir dennoch der Meinung sind, daß der Kampf gegen die KPD im allgemeinen sachlicher und grundsätzlicher geführt werden kann.

Die SAP hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie eine revolutionär-sozialistische Massenpartei wird. Obwohl wir die Theorie gewiß nicht unterschätzen, meinen wir dennoch, daß es beim Aufbau einer solchen Partei in erster Linie auf die Praxis ankommt. Wir waren gewiß keine Freunde des Heidelberger Programms, deshalb hätten wir aber nie wegen der Mangelhaftigkeit dieses Programms der SPD den Rücken gekehrt. Wir sind gegangen, weil die Praxis konterrevolutionär war. Das gleiche gilt gegenüber der KPD. Und auch die Massen urteilen nur nach der Praxis. Eine solche Partei wird man gewiß als „zentristischen Sumpf“ bezeichnen.

Fürchten wir uns nicht vor diesem Schlagwort. Man wird diese Ratschläge gewiß mit einem großen Hallo aufnehmen und wird verweisen auf das Schicksal der USP. Doch die USP ist nur gescheitert infolge der Spaltung durch die Kommunistische Internationale. Innerhalb der SPD regen sich seit einiger Zeit wieder die verschiedensten Oppositionsströmungen. Nehmen wir unsere Arbeit wieder dort auf, wo wir sie im Oktober 1931 liegen ließen.

Wir müssen von außen mithelfen, einen neuen linken Flügel in der SPD zu formieren und so die Voraussetzungen dafür schaffen, daß früher oder später entscheidende Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung vom Reformismus losgelöst und für unsere revolutionär-sozialistischen Ziele gewonnen werden. Die SAP muß zum Sauersteig der sozialistischen Arbeiterbewegung werden.

Paul Röbler, Kelbra a. Kyffh.

## Bezirk Westfalen-Süd

Ordentliches Bezirksparteitag

am Sonnabend, den 14. Januar, und Sonntag, den 15. Januar, in Dortmund statt. Lokal: „Hoberlsburg“ (Heim des Arb.-Sam.-Bundes). Das Lokal liegt in der Nähe des „Friedenbaums“, Straßenbahn-Linie 3 und 8.

Sonnabend, den 14. Januar, 18 Uhr:

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Die innerparteilichen Differenzen, Referenten (je ein Genosse der „P.-V.-Mehrheit“ und der „P.-V.-Minderheit“).

Sonntag, den 15. Januar, 10 Uhr:

3. Organisationsberichte.
4. Das Bezirksstatut.
5. Wahlen.
6. Politisches Referat.

Die Anzahl der benötigten Freiquartiere für die Nacht vom 14. zum 15. Januar sind dem Genossen Adolf Franke, Dortmund, Lessingstraße 10, spätestens bis zum 11. Januar mitzuteilen. Die Bezirksleitung.

## Bewußtseinsklärung?

Genosse August Siemsen hat am Schluß seines Artikels „Bolschewistisches oder sozialistisches Organisationsprinzip“ ausgeführt, daß nur durch Bewußtseinsklärung eine Neuformierung des deutschen Proletariats möglich sei und daß es die Aufgabe der SAP sei, diese Bewußtseinsklärung herbeizuführen.

Da Genosse Siemsen mit der Forderung nach „Bewußtseinsklärung“ seinen Vorstoß gegen den „Dogmatismus der Genossen von der KPO“ begründet, erscheint es uns notwendig, dieses Wort einmal schärfer unter die Lupe der Kritik zu nehmen. Ist es möglich, Bewußtsein zu klären ohne feste Richtlinien, ohne eine ideologische, einheitliche Basis dieser Klärung? Ist Voraussetzung dafür wirklich Meinungsfreiheit und Weitherzigkeit? Wo ist die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Weitherzigkeit auf der einen, notwendiger ideologischer Geschlossenheit und Disziplin auf der anderen Seite? Hier kommen wir zu ganz konkreten Fragen, die Genosse Siemsen leider in seinem Artikel nicht berührt. Die Genossen Küster und Kleinbeist z. B. — Mitglieder der Parteivorstandsminorität — verstehen unter Meinungsfreiheit als Selbstverständlichkeit, nach außen Gedankengänge zu vertreten, die in keiner Weise mit unserer Prinzipienklärung in Einklang zu bringen sind. Es sind dies im wesentlichen: realer Pazifismus, Völkerbund, Paneuropa, deutsch-französische Verständigung.

Was also kann bei diesen Genossen der Vorstoß gegen Dogmatismus bedeuten? Das Pech, diese Gedankengänge nach außen vertreten zu dürfen. Und diese Forderung wird vertreten mit der Begründung der notwendigen Bewußtseinsklärung! Hier zeigt sich bereits, wie gefährlich ein solches Wort ist, das vorzüglich dazu angetan ist, wirkliche politische Gegensätze verschwinden zu lassen.

Wir erklären demgegenüber: Unter Bewußtseinsklärung — wenn wir schon diesen Begriff akzeptieren sollen — verstehen wir nicht die Verbreitung pazifistischer Illusionen, nicht den Glauben an ein mögliches Paneuropa im kapitalistischen System, nicht den Glauben an die Nützlichkeit einer deutsch-französischen Verständigung. Für uns heißt Bewußtseinsklärung nicht die Verbreitung, sondern die Zerstörung dieser Illusionen.

Bewußtseinsklärung ohne feste Richtlinien führt nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung der Geister.

Noch eins aber erscheint uns nicht unwichtig: Klärt man durch Aktion oder durch Diskussion? Der Genosse Siemsen scheint der Auffassung zu sein, daß die wichtigste Voraussetzung Schulung und Diskussion ist. Wir bestreiten nicht, daß Schulung und Diskussion wichtig sind, aber für die Schulung und Klärung der Klasse ist die weithin sichtbare Aktion wichtiger als die Diskussion. Wie aber soll eine Partei zu Aktionen schreiten können, die nicht nur keine festen Richtlinien ihres Handelns hat, sondern die selbst in ihrer Führung keine Geschlossenheit aufweist, im Gegenteil, sich aus den verschiedensten Richtungen zusammensetzt?

Durch innerparteiliche Demokratie unsere Genossen aufklären und schulen und sie zu den Kadern der Arbeiterklasse fähig machen in einer klar gegebenen Richtung, auf der Basis ideologischer Einheit, auf dem Boden der von der Mehrheit der Partei anerkannten Grundsätze; durch Zentralismus die Aktionen und jedes Auftreten der Partei und ihrer Mitglieder nach außen regeln, das ist das, was wir unter demokratischem Zentralismus verstehen, und uns scheint, daß dies nicht „Führerdiktatur“, nicht „dogmatische Ketzerriechei“ ist, sondern Voraussetzung, um eine Partei zu schaffen, die, gelockert nach innen, geschlossen nach außen, fähig ist, Bewußtsein zu klären und gleichzeitig schlagkräftig zu sein und fähig, in entscheidenden Situationen die Führung zu übernehmen.

Erna Pustau.

# War die bolschewistische Partei eine Sekte?

Man könnte zu einer Befragung dieser Frage kommen, wenn man den von Genossen Siemsen geschriebenen Diskussionsbeitrag „Bolschewistische oder sozialistische Organisationsprinzip?“ gelesen hat.

Der Begriff „bolschewistische Organisationsprinzip“ kann m. E. nur aus der Vergangenheit der russischen bolschewistischen Partei abgeleitet werden. Sie beweist aber keinesfalls, daß die zwei zahlendmäßig kleine russische Partei eine sektiererische Politik gemacht hat; umgekehrt wurden alle Strömungen, die die Politik der Sektierertum zum Prinzip erhoben, in der russischen Partei auf das entschiedenste bekämpft. Sie hat dafür den geschichtlichen Nachweis erbracht. Während sie unter dem Druck des Absolutismus in der Illegalität infolge dieser objektiven Bedingungen keine große Massenorganisation werden konnte, öffnete sie zu Beginn des Jahres 1917 zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution die Tür zur Partei und schaffte dadurch eine große revolutionäre Massenorganisation. Es ist eine vollständig richtige Meinung, daß die russische bolschewistische Partei als eine kleine sektiererische Organisation mit einer auserlesenen Führerschaft den russischen Oktober gemacht hätte.

Nach der Reichskonferenz der Bolschewiki im April 1917, die zum erstmaligen unter legalen Umständen tagte, zählte die Organisation in Petrograd 14 595, in Moskau 7000, im Ural 19 600, im Donetzbecken 5423, insgesamt waren zu dieser Zeit in 78 unteren Organisations-einheiten 80 000 Mitglieder vereinigt. Lenin gibt in der Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ die Zahl der Parteimitglieder mit 240 000 an. Das ist die Zahl, die auch in dem Bericht über den 6. Parteitag der Bolschewiki angegeben ist. Danach bestand die Partei aus 182 Organisationen, hatte 41 Presseorgane mit einer Auflage von 320 000 Exemplaren. Der 6. Parteitag fand im August 1917 statt, so daß die Partei von April bis August ihre Mitgliederzahl um ein Mehrfaches erhöht hatte. Man darf also als Tatsache feststellen, daß die Partei vor dem Oktoberumsturz 240 000 Mitglieder zählte. Im Vergleich zu der Gesamtzahl der Einwohnerschaft Rußlands ist das allerdings noch eine geringe Mitgliederzahl, man muß jedoch berücksichtigen, daß die Partei in den Großstädten und Industriezentren den entscheidenden Einfluß hatte und das Industrieproletariat auch nur einen ganz winzigen Bruchteil der Bevölkerung ausmachte. Wie völlig abwegig es ist, Bolschewismus und Sektierertum gleichzusetzen, geht weiterhin aus dem Stärkeverhältnis des bolschewistischen Einflusses in den damaligen russischen Gewerkschaften hervor. In der Periode des revolutionären Aufschwunges vom Februar bis Oktober 1917 wurden die Gewerkschaftsverhältnisse riesengroß, ähnlich so wie die deutschen Gewerkschaften nach Kriegsende. Die „bolschewistischen Sektierer“ erkannten sofort, daß sie in diesen Verbänden nicht ohne Einfluß bleiben durften und gewannen sehr bald durch ihre intensive Arbeit das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder. Der Metallarbeiterverband in Petrograd steigerte seine Mitgliederzahl von 15 000 auf 138 000 und wurde geführt von Bolschewiken. Die Gesamtorganisation des Metallarbeiterverbandes, die vor dem Oktoberumsturz 400 000 Mitglieder zählte, wurde in ihrer Führung nicht unwesentlich von den bolschewistischen Gewerkschaftlern beeinflusst. Auch unter den Betriebsräten gewannen sie mehr und mehr an Boden, so daß sie im Juni 1917 auf der Betriebsrätekonferenz von Petrograd schon die ausschlaggebende Führung hatten. Es reichte sich Zug um Zug die Eroberung der Sowjets an, so wurden noch Anfang Oktober in Moskau der Bolschewik Nogin und in Petrograd Trotzki zum Vorsitzenden des Sowjets gewählt.

Worauf nun das Organisationsprinzip dieser keineswegs sektiererhaften russischen Bolschewiki beruhte, das ist in Wirklichkeit eine mit Genauigkeit beachtete innerparteiliche Demokratie, abgesehen von außerordentlichen Zeiten, die den Bolschewiki erhebliche Einschränkungen der innerparteilichen Demokratie diktierten, so unter der Illegalität und zum Teil noch in der Periode des Kriegskommunismus. Gerade Lenin hat die Frage der innerparteilichen Demokratie immer wieder als eine der Lebensfragen der revolutionären Partei herausgestellt und betont. In einem bereits 1907, anlässlich der Petersburger Spaltung, geschriebenen Aufsatz beschreibt Lenin die Organisationsform der russischen Sozialdemokratischen Partei folgendermaßen:

„Die russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist demokratisch organisiert. Das bedeutet, daß alle Angelegenheiten der Partei direkt oder durch Vertreter von allen Parteimitgliedern mit gleichen Rechten und ohne jede Ausnahme geführt werden; wobei alle Funktionäre, alle leitenden Kollegien, alle Parteistrukturen gewählt, zur Rechnungslegung verpflichtet und absetzbar sind.“

Über jede Frage, die zu entscheiden ist, so führt Lenin in dem gleichen Artikel aus, sei es wichtig, daß alle Mitglieder der Organisation zur Äußerung kommen. Und er fährt dann wörtlich fort:

„Demokratisch organisierte Parteien und Verbände können prinzipiell auf eine solche Befragung aller Mitglieder ohne Ausnahme nicht verzichten, zum mindesten in den wichtigsten Fällen und insbesondere da, wo es sich um eine politische Aktion handelt, an der die Massen selbständig teilnehmen, wie z. B. ein Streik, Wahlen, der Boykott

irgendwelchen großen örtlichen Betriebes usw. . . .“

Freilich, bei strengster Beachtung der demokratischen Form führte Lenin stets einen unerbittlichen Kampf gegen jede geringste Abweichung von der revolutionären marxistischen Linie, was natürlich nicht ausschloß, daß alle Probleme gründlich diskutiert wurden, jedoch bei gleichzeitiger Einhaltung strenger Disziplin in der Parteihandlung. So schreibt Lenin:

„Einheit der Handlungen, Freiheit der Erörterung und Kritik. — so lautet unsere Definition.“

## Prinzipielle Erkenntnis und taktische Forderung

In der Debatte über die Differenzen innerhalb der Partei hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob die Partei in ihrer Agitation und in ihren Aufrufen Forderungen stellen darf, die angeblich im Widerspruch mit der Prinzipienklärung stehen. Hier muß einmal mit aller Deutlichkeit der Unterschied zwischen einer objektiven Erkenntnis — die Prinzipienklärung ist eine Summe objektiver Erkenntnisse — und den taktischen Forderungen im Tageskampf geklärt werden. Die in der Prinzipienklärung niedergelegten Sätze sind geistiges Eigentum einer verhältnismäßig geringen Schicht des deutschen Proletariates. Die breiten Massen des Proletariates sind von diesen Erkenntnissen sehr weit entfernt. Wir können aber und brauchen auch gar nicht darauf zu warten, bis die Massen zur objektiven Beurteilung der Klassensituation gekommen sind, bevor wir den Kampf mit dem Klassengegner aufnehmen.

Wir unterscheiden uns von anderen „Revolutionären“ darin, daß wir die politische und ökonomische Umwälzung nicht aus unserer Erkenntnis, sondern aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten erklären. Diese gesellschaftliche Notwendigkeit äußert sich aber für die Mehrzahl der Proletarier in ganz anderen subjektiven Vorstellungen und Wünschen, nicht in objektiver Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Umwälzung des gesellschaftlich Notwendigen zum Anstöß des politischen Handelns geht über den Weg der Wertungen und Ziele, die sich aus dem Klassenverhältnis entwickeln, wobei die wirklichen sozialen Triebkräfte durchaus unbewußt bleiben.

Der Kapitalismus wird in seiner Gesamtheit als System nur von einem fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse erlebt, weil dazu eine besondere Schulung notwendig ist. Der Arbeiter erlebt aber Teile des Kapitalismus täglich an eigenen Leiden: Die Ausbeutung in der Fabrik, die Wegnahme politischer Rechte, die Folgen des Krieges usw. Seine Zielsetzung wird daher bestimmt durch sein Tellerlebnis. Für diese Zielsetzung ist er auch bereit zu kämpfen. Die Weiterentwicklung seiner subjektiven Beweggründe zu objektiver Erkenntnis

Wenn ich richtig verstanden habe, ist das alles aber das gleiche, was Genosse Siemsen in seinem Diskussionsbeitrag über die innerparteiliche Demokratie sagt, so z. B. in folgender Formulierung:

„Aktivität und Selbstbestimmung der Mitgliedschaft, Wirkung von unten nach oben, das verstehen wir unter innerparteilicher Demokratie . . .“

Ist das aber der Fall, warum dann die Frage: „Bolschewistische oder sozialistische Organisationsprinzip?“ Fritz Böhm, Dortmund.

Ist nur möglich durch politisches Handeln, d. h. in unserem Falle durch die revolutionäre Bewegung. Die Erkenntnis des gesellschaftlichen Zusammenhanges seines Handelns steht dann am Ende des politischen Prozesses.

Diese Voraussetzungen treffen nicht nur zu für so komplizierte Verhältnisse wie unsere Stellung zum Staat oder Zusammenhänge zwischen Imperialismus und Kriegsgefahr, auch die primitivsten Lebensfragen des Arbeiters, sein Kampf um Lohn und Arbeitszeit, werden von uns von diesem Standpunkt aus behandelt. Wir wissen objektiv, daß die Kapitalisten bei Strafe ihres Unterganges die Lebenshaltung der Arbeiter immer weiter herabdrücken müssen. Deshalb (nicht trotzdem!) kämpfen wir um höhere Löhne. Keinem Menschen würde es einfallen zu sagen, der Lohnkampf hat keinen Zweck, wir müssen zuerst den Kapitalismus beseitigen. Derselbe Gesichtspunkt trifft auch zu für die Frage der Kriegsgefahr, für den Kampf um die demokratischen Rechte.

In der Antikriegspropaganda kommt es darauf an, eine Bewegung zu entfachen, die den Ausbruch eines Krieges mit dem revolutionären Widerstand beantwortet. Es wäre psychologisch vollkommen falsch, wollte man an den Anfang einer derartigen Aktion die Voraussetzung stellen, daß die Verhinderung des Krieges im Kapitalismus unmöglich ist. Dieser Standpunkt würde nur zum Fatalismus führen. Die Massen müssen auf jeden Fall gegen den Krieg mobil gemacht werden. Ihr auf ein Teilgebiet beschränktes Wollen macht sie zu Revolutionären. Weil diese Forderung innerhalb des Kapitalismus nicht durchgesetzt werden kann, muß dieses System beseitigt werden.

Auf vielen Teilgebieten wird der Kampf des Proletariats geführt. Es ist Aufgabe der revolutionären Partei, diese Teilkämpfe zusammenzufassen und zu leiten. Dazu muß sie an das Bewußtsein der Massen anknüpfen, das durch die jeweilige Situation bestimmt wird. Sie muß sich eine möglichst genaue Kenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen und muß durch ihr politisches Handeln die Massen zum klaren Bewußtsein ihrer Lage führen.

H. Rüssel, Chemnitz.

## Keine Verwirrung schaffen!

Genosse August Siemsen schreibt: „Bei dem Streit um die Rolle und die Bedeutung der Prinzipienklärung muß zunächst festgestellt werden, daß im Parteivorstand nie ein Streit um dieselbe geführt worden ist.“

Einmal als wahr unterstellt, daß im PV ein Streit um die Prinzipienklärung nicht stattgefunden hat — ich bin anderer Meinung — bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß die Mehrzahl der 27 Genossen, die sich auf dem Parteitag veranlaßt sahen, eine Erklärung des Inhalts abzugeben, daß sie die Prinzipienklärung nur als Diskussionsgrundlage betrachten, diesen Standpunkt nicht aufgegeben haben. Zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehören die PV-Mitglieder Küster, Kleineibst und Siemsen. Wie wenig sich der Genosse Siemsen mit der Prinzipienklärung inzwischen befreundet hat, geht daraus hervor, daß er sich auch heute noch sozusagen als eine Schmutzware der KPO-Genossen etikettiert, mit der der Parteitag übertrumpft worden sei. (Nebenbei: In dieser Kritik liegt ein sehr abfälliges Urteil über die Delegiertenmehrheit des Parteitages. Setze sich denn der Parteitag mit Ausnahme der 27 Genossen etwa aus politischen Sextanern zusammen?)

Genosse Siemsen kämpft nicht mit offenem Visir. Er erklärt, ein Streit um die Prinzipienklärung gibt es nicht, verwirft es aber, daß sich die Genossen von der KPO und der PV-Minderheit für den „demokratischen Zentralismus“ einsetzen. Der demokratische Zentralismus ist aber ein nicht unbedeutendes Kernstück unserer Prinzipienklärung, also keineswegs eine Idee der KPO-Genossen, sondern durch Parteitagbeschlüsse Allgemeingut der Partei geworden. Wer gegen den demokratischen Zentralismus kämpft, attackiert daher die Prinzipienklärung. Worauf in den Sätzen der Prinzipienklärung

der besondere Nachdruck gelegt ist, ist nicht das Wort Zentralismus, sondern das sind die beiden Worte demokratischer Zentralismus, der als die Quintessenz innerparteilicher Demokratie das Schwergewicht in die breite Mitgliedschaft legt und alle „politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und unteren Organe sucht.“

Wenn die Mitgliedschaft der SAP aber selbst für die Einhaltung dieses Prinzips Sorge trägt, dann kann weder von „Bevormundung und Gängelung“ noch von „Parteidiktatur“ die Rede sein, wie das Genosse Siemsen meint.

Als stärkstes Argument führt er gegen den demokratischen Zentralismus die bürokratische Diktatur in der KPD und den kommunistischen Gruppen an, die sich formell ebenfalls auf den Boden des demokratischen Zentralismus stellen. Damit ist aber kein Beweis erbracht; auch die SPD, die in Worten der vom Genossen Siemsen gepriesenen innerparteilichen Demokratie huldigt, ist dem Bürokratismus verfallen. Angesteckt von diesem Bürokratismus, sind sogar einige Freunde des Genossen Siemsen, welche aus dem Apparat der SPD zu uns gekommen sind. Die beste Gewähr gegen jede bürokratische Entartung besteht, wie gerade diese Beispiele zeigen, einzig und allein in der Wachhaltung des kritischen Bewußtseins und der politischen Urteilsfähigkeit der breiten Mitgliedschaft.

Diskussionfreiheit, Entscheidung der unteren Organe der Parteimitgliedschaft, Kontrolle der Parteiführung durch diese, sind nach der Meinung des Genossen Siemsen noch lange keine innerparteiliche Demokratie. Was er offenbar unter innerparteilicher Demokratie

versteht, das ist die unangenehme Meinungsfreiheit in jeder Hinsicht. Die Anerkennung einer solchen Forderung bedeutet in Wirklichkeit die ideologische Zersetzung der Partei, ein Konglomerat aller möglichen Meinungen, die eine einheitliche Aktion der Partei verhindern werden. Es muß hier ganz klar und deutlich ausgesprochen werden, daß es eine solche unangenehme Meinungsfreiheit in der SAP niemals geben kann und darf. Was wir unter Meinungsfreiheit zu verstehen haben, sagt Genosse Eckstein im zweiten Roten Buch „Die Organisation im Klassenkampf“, das von Eckstein geschrieben wurde, als er mit der Opposition noch in der SPD war. Sein Buch wurde aber Ausgangspunkt des Organisationsstatuts der SAP:

„Selbstverständliche Grenze der Meinungsfreiheit ist das Programm der Partei. Wer einer Partei beiträgt, gibt ein Stück Freiheit auf. Wer einer Partei beiträgt, dokumentiert damit eine bestimmte Ansicht, bekennt sich damit zum Parteiprogramm. Wer etwa als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei den Gedanken der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems oder der Wiedereinführung der Monarchie vertreten wollte, stünde außerhalb der Partei. Die grundlegenden Prinzipien, nach denen der Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus geführt wird, innerhalb und außerhalb der Partei zu vertreten, ist jedes Parteimitgliedes selbstverständliche Pflicht; hier ist die Grenze der Meinungsfreiheit.“

Was in diesem Zitat von der SPD gesagt wird, gilt vollinhaltlich für die SAP, ebenso wie es für das Mitglied der SPD eine Selbstverständlichkeit sein sollte, der Forderung auf die „Wiedereinführung der Monarchie“ keinen Raum zu lassen, sondern sich zum Sozialismus zu bekennen, so können wir innerhalb der SAP niemandem gestatten, von den programmatischen Prinzipien abzuweichen. Ein solcher Fall ist aber ganz offensichtlich vorhanden, wenn z. B. die Genossen Frank und Weckerlo im Parteivorstand den Gedanken der Liquidation der SAP zugunsten der SPD vertreten. Hier muß, um bei der Formulierung des Genossen Eckstein zu bleiben, gesagt werden:

Wer als Mitglied der SAP den Gedanken des Uebertritts zur SPD vertritt, steht außerhalb der Partei.

Schwerlich aber wird man von solchen Genossen, die in diesen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten — Parteivorstand kontra Frank, Weckerlo — immer noch keinen Kampf um Prinzipien sehen, und die, wie Genosse Siemsen, feststellen, daß es im Parteivorstand einen Streit um die Prinzipienklärung nie gegeben hat, eine Anerkennung dieser Ansichten erwarten können. Wer sich hier blind stellt und nicht sehen will, daß es um die Prinzipienklärung geht, von dem kann man nur annehmen, daß für ihn die Prinzipienlosigkeit zum „Dogma“ geworden ist.

Karl Völker, Duisburg-Hamborn.

## Thüringer Nazi-Regierung maßregelt weiter

Weimar, 6. Januar.

Die thüringische Regierung hat den Abteilungsleiter für Strafrecht und Strafvollzug im thüringischen Justizministerium, Oberregierungsrat Dr. Frede, seines Amtes enthoben und ihn als Oberlandesgerichtsrat zum Oberlandesgericht in Jena versetzt.

Diese Maßnahme kommt einer Strafversetzung gleich. Dr. Frede gilt in Deutschland als einer der besten Kenner des modernen Strafvollzugs, und wenn der thüringische Strafvollzug — neben dem Hamburgs — von der Fachkritik als besonders vorbildlich anerkannt wird, so gebührt diese Anerkennung in erster Linie der Person Fredes. Seine jetzige Kaitstellung ist nur darauf zurückzuführen, daß die nationalsozialistische Regierung mit Dr. Frede in den Grundzügen des modernen Strafvollzugs nicht übereinstimmt.

Wir berichteten vor kurzem über den Fall des Studienrats Dr. Kuno Fiedler in Altenburg, gegen den von der nationalsozialistischen Thüringer Regierung ein Disziplinarverfahren mit gleichzeitiger Dienstenthebung bis zum Abschluß des Disziplinarverfahrens eingeleitet worden war, weil er sich geweigert hatte, seine Schüler den vom thüringischen Volksbildungsminister eingeführten „Habspruch“ gegen den Versailler Vertrag“ sprechen zu lassen. Studienrat Fiedler, der Religionslehrer ist, war zu seiner Weigerung aus religiösen Gründen und deshalb gekommen, weil der „Habspruch“ Artikel 148 der Reichsverfassung widerspricht, der eine Jugenderziehung im Sinne der Völkerverständigung vorschreibt.

Wie nun aus Gera gemeldet wird, ist der Fall Fiedler kein Einzelfall. In der gleichen Situation wie Studienrat Fiedler befindet sich der Oberstudienrat Dr. Rudolf Rau aus Gera. Dr. Rau hatte, da er gegenwärtig nicht die letzte Wochenstunde erteilt, in der der Habspruch aufzugesen ist, gegen die Verordnung des Ministeriums nur Protest eingelegt. Daraufhin hat ihn der Minister am 24. Dezember zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert, aus der hervorzugehen habe, wie er sich verhalten würde, wenn er die letzte Wochenstunde zu geben hätte. Da der Minister nicht versäumt hat, bei dieser Gelegenheit auch das Beispiel Dr. Fiedlers zu erwähnen, ist die Einschüchterungsabsicht deutlich. Man scheint auf diese Weise die „Fälle“ konstruieren zu wollen, mit denen man die dem nationalsozialistischen Regime nicht gemachten Lehrer beseitigt.

## Naziterror steigt

Den Proleten fiel es in den letzten Tagen auf, daß die Nationalsozialisten Verstärkungen aus ganz Schlesien nach Breslau zusammengezogen haben. (Der Polizei scheint allerdings nichts aufgefallen zu sein!) So ist es nicht verwunderlich, daß in den letzten Tagen ein ungeheurer Terror gegen das revolutionäre Proletariat Breslaus wieder einmal eingesetzt hat.

Von dem Mord des Klassengenossen Hanisch hatten wir bereits gestern berichtet. Der heutige Polizeibericht stellt fest, daß man den Mörder verhaftet habe (es läge „Notwehr“ vor?) gibt aber seinen Namen und seine Parteizugehörigkeit nicht bekannt.

Die „Volkswacht“ von gestern meldet, daß in der Lohestraße ein SAJ-Heim von SA-Leuten überfallen wurde.

Gestern abend wurde in der Neudorfstraße, laut Polizeibericht, ein zwanzigjähriger Tapezierer M. von SA überfallen und schwer verletzt. In der Nähe des Proletens hat sich von der Gaststätte Bräuer in der Gabitzstraße, das ja ein kleines nationalsozialistisches Hauptquartier darstellt, ein Trupp Nazis einen Angriff auf ein in der Nähe befindliches KPD-Lokal unternommen. Die Arbeiter waren aber auf dem Posten. Die Nazis konnten den geplanten Angriff nicht durchführen.

Wie immer, nimmt der Polizeibericht eindeutig für die Nazis Stellung, spricht durchweg von belästigt werden und von böswilligen Überfällen von KPD-Leuten auf Nationalsozialisten.

## Vereinigung der Universität und der Technischen Hochschule

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reiches für Preußen den Beschluß gefaßt, die Universität und die Technische Hochschule in Breslau mit Wirkung vom 1. April 1933 in der Weise zu vereinigen, daß die Technische Hochschule als ingenieurwissenschaftliche

## Heraus zur Demonstration!

am Mittwoch, den 11. Januar 1933

## SAP u. SSB demonstrieren

Halte Euch den Tag frei!

Fakultät der Universität angegliedert wird. Der Name der Gesamtanstalt wird lauten: „Schlesische Universität (Friedrich-Wilhelm-Universität und Technische Hochschule)“. Die Etats beider Anstalten werden mit Wirkung vom 1. April 1933 zusammengelegt.

Von den zuständigen Stellen Preußens und des Reiches wird dazu behauptet, daß die Zusammenlegung der beiden Hochschulen lediglich um der „Universität“ und der „deutschen Wissenschaft“ willen geschehen sei. Wir glauben, daß die Handwerker der bürgerlichen Professoren, die enge Beschränkung ihres Gesichtskreises auf ihre Fachgebiete und die ungenügende Verknüpfung der Fakultäten miteinander dadurch nicht behoben werden wird. Denn diese Erscheinungen gehören zum Bilde der bürgerlichen Kultur. Die Zusammenlegung der Technischen Hochschule mit der Universität ist durch die schwierige Wirtschaftslage von der Weltkrise diktiert worden. Sie wird zweifelsohne zu einer Verringerung des außerordentlich überdehnten Verwaltungsapparates der Hochschule führen und ist von diesem Standpunkte begrüßenswert.

## Nationaler Fliegerrummel

Gestern nachmittag überflog eine Flugzeugstaffel von 14 Flugzeugen aus Klaggestan kommand (es handelt sich um Flieger der Verkehrsfliegerschule Braunschweig), die Stadt.

Die nationalen Kreise, speziell die Nazis, überschlugen sich vor Begeisterung.

Abends hat es natürlich ein „Festessen“ gegeben, bei dem Vertreter der Militär- und Stadtbehörden zugegen waren, wie etwa ein Herr von der 2. Kavalleriedivision und der Polizeipräsident.

Dieser Fliegerbesuch, — das Geschwader ist nach Oberschlesien weitergefliegen — ist eine nationale imperialistische Demonstration an der Ostgrenze mit der direkten Spitze Polen gegenüber.

## Ein Eisenbahner tödlich verunglückt

Sagan, 6. Januar.

Beim Herausfahren einer Lokomotive aus dem Lokomotivschuppen des Bahnhofes Sagan wurde der Maschinenputzer Stieblisch aus Machenus, der sich zu weit aus dem Führerstand herauslegte, vom Torpfeder erfaßt und heruntergerissen. Dabei kam er so unglücklich zwischen Lokomotive und Torpfeder zu liegen, daß er buchstäblich zerquetscht wurde. Er war sofort tot. Der Verunglückte, der schon mehrere Jahre auf dem Bahnhof Sagan beschäftigt war, hinterläßt Frau und Kind.

# Anträge für die Mitglieder-Versammlung

der SAP, Breslau, am Montag, den 9. 1. im Bergkeller

In der gestrigen erweiterten Vorstandssitzung wurden folgende Anträge diskutiert und beschlossen, sie an die Mitgliederversammlung am kommenden Montag weiterzugeben.

## Antrag der Abteilung Innere Stadt

„Die am 4. Januar 1933 tagende Stadtteilversammlung der SAP Breslau Innere Stadt stellt an die am 9. Januar stattfindende Generalversammlung folgenden Antrag:

Die Durchführung von kulturellen und bildenden Veranstaltungen ausschließlich der politischen Schulungsarbeit ist alleinige Aufgabe der PKG und nur von dieser durchzuführen.“

## Anträge des Stadtteils Ost

1.

„Mitglieder des engeren Parteivorstandes, Angestellte der Partei und „SAZ“ dürfen nur solche Genossen werden, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

„Notwendige Ausnahmen beschließt der Bezirksvorstand.“

Es wurde außerdem noch folgender Zusatzantrag hierzu gestellt:

Jedes Vorstandsmitglied muß einer freien Gewerkschaft angehören. Ausnahmen dürfen nur für solche Genossen gemacht werden, die wegen revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossen sind, oder für die keine Gewerkschaft besteht.“

2.

„Der Parteivorstand richtet in kürzester Zeit einen Schulungskursus für Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute ein.“

3.

„Die Ausgestaltung sämtlicher Parteifeiern, insbesondere der Morgenfeiern, sind der Proletarischen Kulturgemeinschaft zu übertragen.“

## Antrag der Abteilung Süd-West

„Wir beantragen die Einberufung einer sofortigen Mitgliederversammlung mit dem Thema: „Der kommende Parteitag der SAP.“

Als Referenten sollen gewonnen werden ein Mitglied der PV-Mehrheit und ein Vertreter der PV-Minderheit.

Der Parteitag möge spätestens Ende Februar stattfinden.“

## Weitere Anträge

1.

„Die Generalversammlung wolle beschließen, der Paragraph 10 des Organisationsstatuts wird auf alle Angestellten des Parteibüros und der „SAZ“ angewandt. Paragraph 10 bestimmt, daß alle Hauptfunktionäre der Partei drei Jahre politisch organisiert sein müssen. Der Parteivorstand wird beauftragt, bei denen jetzt im Parteibüro beschäftigten Genossen nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen des Paragraph 10 erfüllt sind.“

2.

„Die Generalversammlung beauftragt den erweiterten Vorstand, die Beziehungen der Parteiorganisation und ihrer Untergliederungen zur Proletarischen Kulturgemeinschaft zu klären und bindende Richtlinien für die Bildungsarbeit zu beschließen.“

3.

„Der Hauptvorstand wird ersucht, seinen Beschluß, eine Diskussionsbeilage der „SAZ“ erscheinen zu lassen, aufzuheben.“

Zwei Anträge, die sich mit dem kommenden Parteitag befassen, sollen in der von Abteilung Süd-West beantragten Mitgliederversammlung beraten werden.

## Das Monopol für Bildung besitzt das Bürgertum

Als der Breslauer Magistrat seinen Haushaltsplan der Stadtverordnetenversammlung vorlegte, wiesen wir — Monate sind seitdem vergangen — auf die verhängnisvolle und gefährliche Streichung von Mitteln für das Volksschulwesen hin. Diese Maßnahmen, die gegen den Willen der proletarischen Kreise Breslaus zur Durchführung gekommen sind, lassen sich nun in ihrem Erfolge nachprüfen.

Im vergangenen Jahre wurden 80 Lehrkräfte durch Einsparung von etwa 2700 Wochen-

## SAP-General-Versammlung Ortsgruppe Breslau

Der Vorstand beruft hiermit die ordentliche Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Groß-Breslau, für Montag, den 9. Januar 1933, im großen Saal des Bergkellers. Beginn: Pünktlich 19.30 Uhr.

Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) des Revisoren, d) der Pressekommission der SAP. 2. Neuwahlen: a) des Vorstandes, b) der Pressekommission, c) des Bildungsausschusses, d) der Redakteure, e) des Parteisekretärs.

stunden überflüssig. Durch Einziehung von Schulklassen sind

weitere 60 Lehrkräfte freigesetzt worden. Das heißt also, daß im Verlauf des letzten Jahres etwa 150 Lehrer abgebaut worden sind.

Während es früher gerade in Volksschulen ein Klassenlehrer zur besonderen Betreuung der Schüler hatte, gibt es gegenwärtig in den Breslauer Volksschulen 181 Klassen, die von mehreren Lehrern als sogenannte „fliegende Klassen“ unterrichtet werden.

Der im allgemeinen schon recht jämmerliche Unterricht, den die Volksschulen zu bieten pflegen, ist durch die irrationalen Sparmaßnahmen zweifelsfrei noch verschlechtert worden. Wie sich die bürgerlichen Herren der Sparmaßnahmen die Zukunft des Volksschulwesens in Breslau vorstellen, bleibt ungewiß. Ganz sicher müssen in kürzester Zeit — wenn nämlich in diesem Jahre starke Zugänge zu den Volksschulen eintreten sollten — grobe Schwierigkeiten eintreten.

## Wochenzeitung beschlagnahmt

Auf Grund eines Beschlusses des Breslauer Amtsgerichts wurde heute die Breslauer Wochenzeitung „Freiheit“ beschlagnahmt, und zwar wegen eines Artikels, der nach Auffassung des Gerichts das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzte. Die Zeitschrift, die schon wiederholt auf der Schund- und Schmutzliste stand, war längere Zeit verboten und erst in den letzten Wochen des vergangenen Jahres wieder erschienen.

# Achtung Breslauer Metallarbeiter

## Wichtige Branchen-Versammlungen

Im Monat Januar finden für sämtliche Branchen des Metallarbeitersverbandes die Jahres-Generalversammlungen statt, in denen die Branchenleitung, sowie die auf jede Branche entfallenden Generalversammlungsdelegierten für das ganze Jahr neu gewählt werden.

## In diesen Versammlungen

darf kein Genosse, der Mitglied des DMV ist, fehlen.

Damit sich alle Genossen schon jetzt darauf einrichten und den für ihre Branche festgelegten Tag freihalten, veröffentlichen wir im Nachstehenden die Versammlungstermine für sämtliche Branchen.

Die Branchenversammlungen finden sämtlich im Gewerkschaftshaus, abends 19.30 Uhr statt, und zwar für:

- Installateure und Helfer: Sonnabend, 7. 1., Zimmer 6.
- Klempner und Hilfsarbeiter: Montag, 9. 1., Zimmer 9.
- Gürtler und Gelbmattarbeiter: Mittwoch, 11. 1., Zimmer 15.
- Gold- und Silberarbeiter: Mittwoch, 11. 1., Zimmer 17.
- Städtische Betriebe: Mittwoch, 11. 1., Zimmer 5.
- Chirurgie- und Orthopädiemechaniker: Donnerstag, 12. 1., Zimmer 17.
- Maschinenarbeiter, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter der Metallindustrie, Freitag, 13. 1., Zimmer 19.
- Heizungsmonteure und Helfer: Sonnabend, 14. 1., Zimmer 6.
- Autoschlösser: Mittwoch, 18. 1., Zimmer 9.
- Dreher und Revolverdreher: Mittwoch, 18. 1., Zimmer 5.
- Schmiede und Kesselschmiede: Mittwoch, 18. 1., Zimmer 7 & 8.
- Schweißer, Werkzeugmacher und Feilenhauer: Mittwoch, 18. 1., Zimmer 17.
- Formen- und Berufsgenossen: Donnerstag, 19. 1., Zimmer 6.
- Maschinen- und Konstruktionsschlösser: Donnerstag, 19. 1., Zimmer 7 & 8.
- Schiffbauer: Sonnabend, 21. 1., Zimmer 17.
- Elektriker: Sonnabend, 21. 1., Zimmer 5.
- Kupferschmiede: Sonnabend, 28. 1., Zimmer 9.

In allen Versammlungen muß unbedingt das DMV-Mitgliedsbuch mitgebracht werden. Ohne Mitgliedsbuch keine Abstimmungs-berechtigung!

## Auf dem Stand von 1925 Oberschlesiens Kohlenförderung 1 Million Tonnen Haldenbestände

Gleitwitz, 6. Januar.

Nach dem Vorliegen der Förderungs- und Abverkaufsziffern des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaus im Monat Dezember läßt sich nunmehr ein sicherer Ueberblick über das Jahr 1932 im Verhältnis zu den vorangegangenen Jahren machen. Dabei ergibt sich die Tatsache, daß die

Gesamtjahresförderung 1932 von 15 273 877 t sich stark der Förderung von 1925 mit 11 272 687 t nähert

und die seit 1930 zu verzeichnende rückläufige Konjunktur auch im vergangenen Jahre angehalten hat.

Die vorjährige Gesamtabsatzziffer von 14 124 871 t entspricht etwa nur noch der Absatzziffer von ebenfalls 1925 (13 721 094). Auch hinsichtlich des Absatzes hat die im Jahre 1930 eingetretene rückläufige Bewegung im Vorjahre weitere Fortschritte gemacht.

Im Dezember 1932 bezifferte sich im einzelnen die Gesamtförderung auf 1 362 017 t nach 1 146 900 t im November, während die entsprechenden Absatzziffern 1 249 149 t bzw. 1 115 715 t lauten. Die Kohlenbestände haben im Laufe des Berichtmonats von 1 082 791 t auf 1 085 615 t wieder zugenommen, während die Koksbestände eine Verminderung um etwa 14 000 t auf 142 415 t erfuhr.

Dabei freies Hunderttausende in Schlesien, Millionen in Deutschland, während diese Millionen Tonnen Kohle an der Luft zerfällt.

Wir gehen an unerm Ueberflut zugrunde, falls nicht das Proletariat mit diesem Spuk ein Ende macht.

## Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V.

Achtung! Unsere eigene Eisbahn am Platz der Republik ist ab heute abend elektrisch beleuchtet. Kommt also alle auf die Abendbahn!

Bezirkspielausschuß — Handball. Folgende Vereine haben bis zur Begehung ihrer Bezirksrechnung Spielverbot: 2., 7., 9. Männer-Abt., 4. Abt. Sportlerinnen, Hundsfeld, PSB, Preia Menschen.

FTB 4. Männer-Abt. Handballer am 10. Januar nach dem Turnen bei Kanther, Lewaldstr., wichtige Handballerversammlung

Freie Schwimmer, Abt. Nord. Alle Tischtennis-Spieler treffen sich am Sonntag, den 8. Januar, um 13 1/2 Uhr im Stadion. Ball mitbringen. Die zehn besten Spieler nehmen an der Tischtennis-Serie teil. Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. Januar, vormittags 8.30 Uhr, im Lokal Klante, Hochstr. 7, statt.

## ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

### SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21, III. Telefon 567 66

### SAP-Elektromonteuere und -Helfer

Am Dienstag, den 16. Januar, nachmittags 18 Uhr, findet im Parteibüro, Gartenstr. 21, III, eine wichtige Sitzung statt, zu der alle DMV-Mitglieder dieser Branche, soweit sie der SAP angehören, unbedingt erscheinen müssen. Parteimitgliedsbuch mitbringen.

### SAP-Metallarbeiter der Gemeindebetriebe

Wichtige Sitzung am Dienstag, den 16. Januar, nachmittags 18 Uhr, im Parteibüro, Gartenstr. 21, III. Alle DMV-Genossen, die in Gemeindebetrieben beschäftigt sind, müssen unbedingt erscheinen. Parteimitgliedsbuch mitbringen.

Dienstag, den 16. Januar, Stadtverordneten-Fraktionssitzung im Parteibüro.

Stadtteil Ost. Zum Landsonntag treffen sich alle Genossinnen und Genossen mit und ohne Rad früh 8 Uhr bei Cichos. — Zur Generalversammlung treffen wir uns um 18.30 Uhr am Brockauer Platz und gehen gemeinsam hin.

Monistische Gemeinde, Breslau, Grünstr. 14/16. Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. — Sonntag, den 8. Januar, 17 1/2 Uhr, findet im Saale Grünstr. 14/16 ein Vortrag des Privatlehrers und Biologen F. W. Romen statt. Thema: Natürliche Heilung auch schwerer Leiden. Dieser Vortrag ist besonders für Frauen gedacht und bitten wir dieselben zahlreich zu erscheinen. — Männer haben Zutritt. Der Eintritt ist für Mitglieder frei. Gäste 20 Pfg., Erwerblose 10 Pfg.

## Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Metallarbeiter! In den Branchenversammlungen ist genaue Mitgliedsbuchkontrolle vorzunehmen. Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis hat kein Kollege Zutritt und kann auch kein Stimmrecht ausüben. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate Herbert Sebold, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau, 5. Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zusätzlich RM 1.30 Parteimonatlich.

**STADTTHEATER**  
 Die Fledermaus  
 Der Teufelsreiter  
 Der Rosenkavalier  
 Die Blume von Hawaii

**LOBETHEATER**  
 Kind im Schatten  
 Monistische Gemeinde E. V. Breslau  
 VORTRAG  
 Thema: „Natürliche Heilung, auch schwerer Leiden“

**GERHART HAUPTMANN**  
 Auslandsreise  
 Wir fahren mit Diator ins Märchenland

Montag, den 9. Januar 1933, 20 Uhr  
**6. Abonnement-Konzert**  
 der Schlesischen Philharmonie  
 Prof. Dr. Georg Dohrn  
 Montag, den 16. Januar 1933  
**5. Volks-Symphonie-Konzert**  
 Hermann Rohr / Solo Josef Wagner (Klavier)

**Kleine Anzeigen**  
 Leertimmer  
 Besucht das „Proleton“  
 Arbeiter-Sport-Kartell

**Fleischerei und Wurstfabrik Hermann Kipke**  
 Frankfurter Straße Nr. 174  
 Gaststätte  
**Stammhaus** der Brauerei C. Kipke  
**Konditorei u. Café**

# Wo decke ich meinen Bedarf?

**Hausfrauen**  
 kauft eure Fleisch- und Wurstwaren nur bei der  
**Heyl'schen Güter-Verwaltung**  
 Görlitz, an der Frauenkirche



**GÖRLITZ**  
 Papierwaren am billigsten  
 Görlitz, Schützenstr. 4

**UNION-THEATER GÖRLITZ**  
 Jede Woche neues Programm!  
 Wir bringen nur Spitzenleistungen der deutschen Tonfilmkunst  
 Das stets bestens ausgewählte Beiprogramm bringt mit der Fox-tönenden Wochenschau alle aktuell. Begebenheiten aus allen Ländern der Erde

... und nach dem Kinobesuch in die beliebtesten  
**„Rüdiger-Gaststätten“**  
 Berlinerstraße 22, GÖRLITZ, Brüderstraße 1

**Kauft nur bei unseren Inserenten!**

... und stets nur den guten  
**Klingenberg-Kaffee**  
 täglich frisch geröstet  
 6% Rabatt in blauen Marken!

**Südstadt-Lichtspiele**  
 Görlitz, Kunnerwitzer Straße  
 das Theater für Alle!  
 bringt täglich die neuesten Ton-Filme, bei kleinen Preisen

**BRIEG**  
**Paul Zwirner**  
 Fabrik ff. Fleisch- u. Wurstwaren  
 Frühstückstube - Bierausschank  
 Burgstraße 2

**Konrad Weiß \* Fleischermeister**  
 Fischerstraße 9  
 Niedrigste Preise  
 Fleisch - Wurst bel

**OELS**  
 Feine Fleisch- und Wurstwaren  
 Max Schapke, Ring 54

**Martin Ahrend, Bäckermeister**  
 Brot- und Feinbäckerei mit Kraftbetrieb  
**Oels i. Schles., Mallisonstraße**

**Julius Greulich Kolonialwaren Bäckerei**  
 Mühlstraße 8  
**Reserviert!**  
 Nr. 102

**FRITZ FEHST**  
 Schwarzer Weg 49  
**Wilhelm Hein**  
 Fleischermeister - Mollwitzerstr. 20  
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

**BEZ. OBERSCHLESISIEN**  
**Dampf-Molkerei Ratibor**  
 Inh. Albert Konkert - Salzstr. 10  
 Tafelbutter, Schlagsahne, Spelsequark, div. Tafelkäse  
 Vertrieb von Flaschenmilch

**Kommen Sie jetzt zum großen Mantelverkauf**

Wenn je ein Zeitpunkt günstig war in einer gewaltigen Auswahl den guten preiswerten Mantel zu finden den Sie suchen - - - dann ist es jetzt bei mir  
 Schon ein Blick in meine Schaufenster zeigt Ihnen wie leistungsfähig ich bin



**Anzüge**  
 Riesenauswahl in den modernsten Farben  
**enorm billig!**

**Der moderne Herren-Ulster**  
 mit und ohne Gurt zu tragen  
 32<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 10<sup>50</sup>

**Der solide Paletot**  
 mit Samtkragen, in schwarz Eskimo u. Marengo mit K'selkenem Steppfutter  
 45<sup>50</sup> 31<sup>50</sup> 25<sup>50</sup> 19<sup>75</sup>

**Joppen u. Hosen**  
 in bekannt großer Auswahl  
 Alles eigene Anfertigung!

**Der moderne Ulster-Paletot**  
 in den neuesten Mustern, ganz auf K'seide  
 39<sup>50</sup> 25<sup>50</sup> 18<sup>75</sup> 13<sup>95</sup>

**Ein Posten Modell-Mäntel**  
 für den verwöhntesten Geschmack, bester Maßsats  
**enorm billig!**

Set 73 Jahren  
**L. Prager**

Auf alle Waren 10% Rabatt  
**Albrechtstraße 51**  
 Eingang nur Reke Schuhbrücke  
 Zahlungsvereinfachung durch die Kunden-Kredit-G.m.b.H., Gartenstraße 67